
Gemeinderat

Aus der Gemeinderatssitzung am 30. Januar 2023

1. Bekanntgaben

Jahresrückblick 2022

Der Jahresrückblick 2022 liegt vor. Er ist mit dem Amtsblatt am 26.01.2023 an alle Haushalte verteilt worden.

Die Zahl der **Einwohner** am 31.12.2023 beträgt 11.314, davon 1.376 in Perouse. Das ist ein Plus zum 31.12.2021 von 239, davon 234 mehr Zuzüge als Wegzüge und + 5 mehr Geburten als Sterbefälle. Mit 116 Geburten in 2022 liegen wir stabil weit über dem Landesdurchschnitt. Sterbefälle: 111.

Die **Daten, Berichte und Fotos** dokumentieren die Fülle und Vielfalt unserer Arbeit und Aufgaben sowie die kommunale Entwicklung unserer Stadt im vergangenen Jahr.

Frau Bürgermeisterin Susanne Widmaier dankt Herrn Ersten Beigeordneten Martin Killinger herzlich für den Rückblick 2022.

2. Haushalt 2023

- Beschlussfassung

Der Entwurf des Haushalts 2023 wurde am 12.12.2022 in den Gemeinderat eingebracht und in den Haushaltsreden näher erläutert. Vorberatungen erfolgten in der Klausur des Gemeinderats am 18.11.2022, am 16.01.2023 im Technischen Ausschuss und am 23.01.2023 im Verwaltungsausschuss.

Heute erfolgen die Stellungnahmen der Fraktionen und Stadträte, danach die Beschlussfassung.

StR Wolfgang Diehm erklärt für die BWV-Fraktion:

„Als ich vor einem Jahr in unserer Haushaltsstellungnahme meine Sorge über die Entwicklungen in Osteuropa zum Ausdruck brachte, konnte oder wollte ich mir nicht wirklich vorstellen, dass Russland tatsächlich einen solchen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine führen würde. Und ich glaube vielen von uns ging es ähnlich. Auch die Folgen, die ich als „unübersichtliche Situation“ bezeichnet hatte, waren nur schwer vorstellbar. Dem gegenüber wurde Corona wie erhofft zunehmend beherrschbar, aber nun waren Millionen Menschen auf der Flucht und ihre Unterbringung ist bis heute eine große Herausforderung. Die Energieversorgung war plötzlich nicht mehr sicher und wurde erheblich teurer. Dazu kam eine bis heute anhaltende hohe Inflation. Überall hört man von Fachkräftemangel und die Bewältigung der Klimakrise ist noch lange nicht abzusehen.“

Diese großen Herausforderungen haben natürlich auch Auswirkungen auf unseren Haushalt für das bereits begonnene Jahr 2023 und auch die Folgejahre.

Bevor ich auf Einzelheiten des Haushaltsplans eingehe, möchte ich zunächst noch eine aus Sicht der BWV-Fraktion wichtige Aussage herausstellen, die Sie Herr Killinger bei der Einbringung des Haushaltsplans 2023 auch betont haben: „...über allem steht die Wahrung des sozialen Friedens und des Vertrauens in den Staat und in die Politik.“ Bei all unseren Entscheidungen sollte diese Aussage eine wesentliche Leitlinie sein.

Die Tatsache, dass erneut kein ausgeglichener Haushalt vorliegt, also im Ergebnishaushalt 2023 die Ausgaben um 730.000€ höher sind als die Einnahmen zwingt uns quasi, jede Maßnahme im Laufe des Jahres genau zu prüfen, was Entscheidungen nicht unbedingt leichter macht.

Wir haben in bewährter Weise wieder gemeinsam, Verwaltung und Gemeinderat, in einer Klausur im November letzten Jahres die Eckpunkte des Haushaltsentwurf 2023 mit Investitionsprogramm erörtert. Herzlichen Dank an die Verwaltung, an der Spitze sie Frau Bürgermeisterin Widmaier, dass wir jetzt schon seit Jahren diese transparente Vorgehensweise praktizieren, um zusammen eine gute Zukunft für unserer Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürgern zu schaffen. Herzlichen Dank an dieser Stelle insbesondere an unseren Stadtkämmerer Herrn Fahrner und seine Mitarbeitenden für die Aufstellung des umfangreichen Zahlenwerks und die Erläuterungen bereits während der Klausur und den Vorberatungen in den Ausschüssen. Danke möchte ich im Namen der gesamten Fraktion der Bürgerlichen Wählervereinigung aber auch allen Mitarbeitenden der Stadt Rutesheim in den verschiedensten Arbeitsbereichen sagen. Wir schätzen ihre zuverlässige Arbeit sehr. Im Übrigen ist in Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern diese Wertschätzung sehr oft auch zu hören.

Aber zurück zum Ergebnishaushalt. Die einzelnen Positionen wurden von Herrn Fahrner detailliert bei der Einbringung des Haushalts im Dezember erläutert. Ich möchte nur einige aus unserer Sicht wichtige Positionen ansprechen. Zunächst einmal ist festzustellen, dass die ordentlichen Einnahmen gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Mio. € steigen, die Aufwendungen aber um 2,9 Mio. €. Im Vorjahr waren es 1,5 Mio. € bei den Einnahmen und 0,5 Mio. € bei den Ausgaben. Es ist erfreulich, dass dennoch liquide Mittel in Höhe von ca. 2,6 Mio. € erwirtschaftet werden können, was aber eben nicht ausreicht, um die veranschlagten Abschreibungen in Höhe von ca. 4,5 Mio. € auszugleichen. Die liquiden Mittel sind aber wichtig für unsere Investitionen, auf die ich später noch eingehen werde.

Der größte Einnahmeposten ist der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer der um 0,51 Mio. € auf 9,4 Mio. € steigen soll. Auf Grund der gesunkenen Steuerkraftsumme werden die Schlüsselzuweisungen um 314.000 € auf 5,4 Mio. € steigen. Die weiteren Zuweisungen für laufende Zwecke bleiben bei ca. 4,8 Mio. €. Bei der Gewerbesteuer sind 4 Mio. € eingeplant. Wieviel tatsächlich erzielt wird muss auf Grund der unsicheren wirtschaftlichen Entwicklung abgewartet werden. Die Gebühreneinnahmen steigen leicht um 90.000 € auf 5,8 Mio. €.

Herr Killinger hat bei der Einbringung des Haushaltes darauf hingewiesen, dass die Steuer- Hebesätze „nochmals“ seit 2014 unverändert bleiben. Bei den Gebühren wird es Anpassungen geben. Wir haben ja später noch diesen Tagesordnungspunkt. Die Bürgerliche Wählervereinigung setzt sich seit Jahren für eine solide Finanzpolitik in unserer Stadt ein. Dazu gehört zum einen eine ständige Überprüfung der Ausgaben, aber eben auch der Blick auf die Einnahmen, um die Erhaltung und Leistungsfähigkeit unserer doch sehr ordentlichen Infrastruktur zu ermöglichen. Das wird mit Blick auf die vorher genannten Herausforderungen keine leichte Aufgabe. Auch wenn es kein Lieblingsthema ist, wir werden uns im Laufe des Jahres mit dem Thema Steuer- und Gebührenerhöhungen beschäftigen müssen, um für die Folgejahre solide Finanzpolitik betreiben zu können. Die Wirtschaftsprognosen und Steuerschätzungen waren pessi-

mistisch und sind nach neuesten Angaben ganz leicht optimistisch. Die genannten Zahlen werden sich im Laufe des Jahres in diesen unsicheren Zeiten aber möglicherweise wieder ändern. Die Inflation wird sich wie schon gesagt ebenfalls negativ auf unsere Finanzen auswirken. Insgesamt glaube ich, dass wir in der näheren Zukunft, auf Grund der gesamtpolitischen Lage uns darauf einstellen sollten, auf aktuelle Situationen reagieren zu müssen. Zum Beispiel bei der Unterbringung von Flüchtlingen oder aber auch im Bereich der Energieversorgung. Dennoch dürfen wir unsere gemeinsamen Ziele, wie Schaffung von Wohnraum, soziale Betreuung oder Bewältigung der Klimakrise u.a. nicht aus dem Auge verlieren.

Ein wichtiger Punkt bei den laufenden Ausgaben sind die Personalkosten. Sie steigen um 0,8 Mio. € auf 13 Mio. € und betragen rund ein Drittel der Aufwendungen im Ergebnishaushalt. Zu Beginn meiner Ausführungen habe ich u.a. den Fachkräftemangel angesprochen. Um auf diesem umkämpften Terrain zu bestehen ist es unerlässlich bei der Personalsuche eine angemessene Bezahlung zu gewährleisten, aber auch ein angenehmes Arbeitsklima und soziale Angebote zu bieten. Es ist erfreulich, dass die Stellen in der Kämmerei wiederbesetzt werden können. Auch im Bereich der Kinderbetreuung sind alle notwendigen Stellen besetzt. Andere Kommunen in der Umgebung haben hier sehr große Schwierigkeiten und müssen oder wollen Betreuungszeiten reduzieren. Wir haben in Rutesheim eine gute Infrastruktur und dazu gehört nicht nur die sächliche Ausstattung, sondern auch gutes Personal, das diese Ausstattung betreut und ansprechbar für die Bürgerinnen und Bürger ist.

Die Unterhaltungsmaßnahmen an Gebäuden und der städtischen Infrastruktur belaufen sich auf 2,6 Mio., € etwa 1 Mio. € mehr als im letzten Jahr. 430.000 € sind für den Umbau auf LED-Leuchten bei der Straßenbeleuchtung vorgesehen. Diese Energiesparmaßnahme wird voraussichtlich mit 25 % bzw. 30 % gefördert und ist zu begrüßen.

Die gestiegenen Energiekosten werden insgesamt 1,4 Mio. € betragen. Es ist zu hoffen, dass diese Kosten einigermaßen konstant bleiben. Zuletzt noch die Umlagen an Land, Landkreis und Verband Region Stuttgart. Insgesamt etwa ein Viertel der Ausgaben im Ergebnishaushalt, knapp 9,7 Mio. €, müssen dafür aufgewendet werden. Etwas mehr als im letzten Jahr, obwohl auf Grund der sinkenden Steuerkraftsumme eine geringere Belastung zu erwarten wäre. Ursache ist die Anhebung des Umlagehebesatzes um 2,6 % Punkte auf 32 % bei der Kreisumlage und damit um 193.000 € auf 5,4 Mio. €.

Wie schon gesagt, der Haushalt 2023 kann nicht ausgeglichen werden, die Ausgaben steigen stärker als die Einnahmen. Und dies droht auch für die Folgejahre. Im Moment wird ein ganz leichtes Wirtschaftswachstum prognostiziert. Es ist aber schwierig, in dieser unsicheren Zeit verlässliche Prognosen für die Zukunft zu machen. Deshalb wiederhole ich meine Einschätzung. Wir müssen, um unsere solide Finanzwirtschaft und gute Infrastruktur zu erhalten auf der Ausgabenseite genau hinschauen, was wirklich notwendig ist und auf der anderen Seite, auch wenn es nicht populär ist, bei den Einnahmen an von uns beeinflussbaren Stellschrauben möglicherweise Veränderungen herbeiführen.

Erfreulich ist dennoch, wie auch schon genannt, dass aus dem Ergebnishaushalt voraussichtlich Geldmittel in Höhe von 2,6 Mio. € erwirtschaftet werden können. Diese können für unsere geplanten Investitionen verwendet werden. Immerhin 19,2 Mio. € sollen investiert werden. Der

Großteil sind ca. 9 Mio. € für den Erwerb und die Erschließung von Baugrundstücken und ca. 8 Mio. € für Baumaßnahmen.

In der Schwerpunktliste der Haushaltseinbringung sind einige Projekte aufgeführt, die aus dem Vorjahr nochmals neu veranschlagt oder aber fortgeführt werden. Vorweg, diese Investitionen sind erforderlich und werden von unserer Fraktion befürwortet. Das gilt auch für die weiteren kleineren Positionen.

Der Grunderwerb und die Erschließung für die Konversion des „Bosch-Areals“ in ein Wohngebiet wird neu veranschlagt da der Kaufpreis mit der Aufstellung des Bebauungsplans fällig wird. Auch mit dem weiteren Grunderwerb im Gebiet „Krautgärten“ in Perouse soll dringend gesuchter, vor allem geförderter Wohnraum geschaffen werden.

Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge und Asylbewerber gehören auch zum Thema Schaffung von Wohnraum. Mit dem Bau eines Wohnheimes und der Aufstellung von Wohncontainern schaffen wir es hoffentlich, die Belegung von Sporthallen zu vermeiden. Auch die Erschließung des Gewerbegebietes „Gebersheimer Weg“ ist aus dem Vorjahr nochmals neu veranschlagt. Die Kanalsanierungen mit Schlauchlinern werden fortgesetzt wie auch Investitionen in die Digitalisierung bei den Schulen und in der Verwaltung.

Im Sozialbereich ist der Anbau mit Schlafräumen am Kindergarten Richard-Wagnerstraße und der Umbau des Pflegeheims „Widdumhof“ auf Grund neuer Bau- und Ausstattungsvorschriften zu nennen.

Im Rahmen der neu aufgelegten Ortskernsanierung IV soll die Gebersheimer Straße saniert werden. Beim Bauhof haben wir als größeren Posten die Ersatzbeschaffung eines LKW.

Zuletzt sind die Investitionen für unseren neuen Eigenbetrieb Stadtwerke zu nennen. Es sind der Bau einer Heizzentrale und Fernwärmeleitungen geplant, auch im Bezug auf das neue Wohngebiet im Bosch-Areal. Der weitere Ausbau der Stadtwerke wird in den Folgejahren zu neuen Investitionen führen.

Die Finanzierung der vorgesehenen Investitionen soll zu etwa zwei Drittel durch erste Verkaufserlöse im Wohngebiet „Bosch-Areal“ und Gewerbegebiet „Gebersheimer Weg“ und einer Kaufpreisnachzahlung im Gewerbegebiet „Schertlenswald Süd“, zusammen mit Zuweisungen und Beiträgen erfolgen.

Dazu kommen die bereits genannten 2,6 Mio. € im Ergebnishaushalt erwirtschafteten Geldmittel. Diese Mittel reichen aber nicht aus. Die fehlende Differenz von 3,55 Mio. € muss deswegen aus unseren sog. liquiden Mitteln, unserem Geldvermögen entnommen werden.

Dank unserer soliden Haushaltspolitik in der Vergangenheit haben wir diese Geldmittel und zum Jahresende sollen noch ca. 9,7 Mio. € für das Folgejahr zur Verfügung stehen.

Soweit zum Haushalt 2023.

Jetzt noch ein paar kurze Anmerkungen zur Finanzplanung und dem Investitionsprogramm bis zum Jahr 2026. Die Prognose für 2024 verspricht ein positives Ergebnis im Ergebnishaushalt, für die Jahre 2025 und 2026 leider wiederum negative Ergebnisse. Dennoch sollen in allen drei Jahren noch Geldmittel für Investitionen erwirtschaftet werden. Die liquiden Mittel sollen Ende 2026 nach den Berechnungen 12,4 Mio. € betragen. Wie auch schon in diesem Jahr werden wir alle, Gemeinderat und Verwal-

tung, sehr sorgfältig wie ich es vorhin schon erläutert habe auf die Ausgaben und Einnahmen achten müssen.

In welche Richtung sich die politische und wirtschaftliche Lage entwickeln wird, ist aus heutiger Sicht sehr unsicher. Ob und wann deshalb verschiedene Maßnahmen umgesetzt werden, wird noch weiter erörtert werden müssen. Hoffen wir, dass bis zum Ende des Planungszeitraums keine Kredite benötigt werden und Rutesheim im Kernhaushalt weiterhin schuldenfrei bleibt.

Beim Eigenbetrieb Wasserversorgung wird im Erfolgsplan ein Verlust von 210.000 € erwartet, weshalb eine Erhöhung des Wasserpreises für 2024 geplant werden muss. Bei den Investitionen besteht ein Finanzmittelbedarf von 320.000 €. Um die Investitionen zu verwirklichen, ist geplant, ein weiteres internes Darlehen in Höhe von 700.000 € in 2024 aufzunehmen.

Die Fraktion der Bürgerlichen Wählervereinigung wird dem Haushaltsplan 2023, dem Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Wasserversorgung 2023 und dem Finanzplan mit Investitionsprogramm 2022-2026 ohne Änderungsanträge zustimmen. In den kommenden Beratungen im Verlauf des Jahres bieten wir unsere konstruktive Mitarbeit an. Im letzten Jahr habe ich an dieser Stelle einige Anmerkungen über den STEP, den Lärmaktionsplan, das Mobilitätskonzept und auch unsere Klimaziele im „Rutesheimer Weg“ vorgetragen. Ihre Inhalte sollten wir nicht vergessen und ebenso in die Beratungen mit einbeziehen.

Zum Schluss möchte ich Danke sagen an alle Bürgerinnen und Bürger sowie alle Zahlungspflichtigen für die pünktliche Zahlung der Abgaben und Steuern. Danke auch an alle, die sich in vielfältiger Weise in Vereinen und Institutionen aber auch ganz privat für die Gemeinschaft engagieren. Danke auch an die zahlreichen Spender, die mit ihren großen aber auch kleinen Beträgen verschiedenste soziale Projekte und Einrichtungen unterstützen. Danke an alle die zu einem respektvollen Miteinander in unserer Stadt beitragen.

Herzlichen Dank auch an Sie Frau Bm'in Widmaier, Herrn Beigeordneten Killinger und die Amtsleiter Herr Fahrner und Herr Dieterle Bard und ihre Mitarbeitenden für die seit Jahren gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit. Der gleiche Dank gilt auch Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Wir Mitglieder der Fraktion der Bürgerlichen Wählervereinigung freuen uns auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit mit ihnen allen. Ich bin überzeugt davon, dass diese gute Zusammenarbeit ein wichtiger Baustein für die Wahrung des sozialen Friedens und des Vertrauens in den Staat und die Politik sind, wie es Herr Killinger bei der Haushaltseinbringung angesprochen hat.

Wir haben gelernt mit Corona umzugehen und mit dem Wegfall der Maskenpflicht im ÖPNV kommt ein weiteres Stück Normalität zurück. Das haben wir uns im letzten Jahr gewünscht.

Jetzt ist es unser Wunsch, dass der Krieg in der Ukraine aber auch in anderen Teilen der Welt baldmöglichst beendet wird und das Leid so vieler Menschen nicht weitergeht. Vielleicht gelingt es bald, einen Waffenstillstand zu erreichen und die Beteiligten an den Verhandlungstisch zu bringen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

StR Harald Schaber erklärt für die UBR-Fraktion:

„Unsere Haushaltrede ist überschattet von der nun schon zwei Jahre andauernden Pandemielage auf der Welt, in Deutschland und auch in Rutesheim“. Dieser Satz

stammt von unserer Haushaltsrede vor einem Jahr. Die Pandemie war damals noch ein vorherrschendes Thema – heute hat sich die Weltlage in vielerlei Hinsicht noch viel dramatischer verschärft. Der russische Angriffskrieg wirkt sich auf alle politischen Handlungsfelder und viele Lebensbereiche unmittelbar aus. Energiekosten steigen in einer noch nie dagewesenen Weise, Rohstoffe werden knapp, fast alle Waren werden teurer. Die neuen Flüchtlingsströme stellen uns vor riesige Herausforderungen hinsichtlich der Unterbringung – auch hier in Rutesheim. Wir wundern uns, in welchen Dimensionen der Bund immer neue Entlastungspakete in Milliardenhöhe auf den Weg bringt bzw. bringen kann. Wer soll diese Schuldenberge je bezahlen? Niemand weiß, wie sich die hochexplosive Weltlage weiterentwickelt, ob der Krieg in der Ukraine endet oder sich ausweitet, ob auch Deutschland noch mehr hineingezogen wird. Natürlich wirkt sich dies alles nicht nur auf den Haushalt des Bundes aus, auch Rutesheim muss in den kommenden Jahren mit Finanzausfällen in Millionenhöhe rechnen. Wie stark sich die weiteren Entwicklungen unmittelbar auf den Haushalt der Stadt im Jahre 2023 auswirken werden, wissen wir heute noch nicht. So gesehen birgt auch diese Jahresplanung deutlich erhöhte Risiken, wir müssen uns erneut auf eine Anpassung der Prognosen zur Jahresmitte 2023 einstellen.

Nun bedanken wir uns aber zunächst sehr gerne – wie jedes Jahr – bei der Verwaltung und hier insbesondere bei der Kämmerei, konkret bei Herrn Fahrner und Frau Scheytt, für die Erarbeitung dieses umfangreichen Haushalts- und Wirtschaftsplans 2023. Ebenso für die hervorragende Aufbereitung für die wichtige Befassung im Rahmen der Klausurtagung des Gemeinderats im November 2022.

Dass wir in diesem Jahr keinen ausgeglichenen Ergebnishaushalt schaffen werden, schmerzt nicht nur, es wird unsere Handlungsspielräume verringern. Der prognostizierte Fehlbetrag in diesem Jahr beträgt 730.000 €, wir leben damit von der Substanz. Positiv zu werten ist dabei, dass der Ergebnishaushalt 2022 entgegen der ursprünglichen Planung im Rahmen des Nachtragshaushalts 2022 doch noch ausgeglichen werden konnte – sogar mit einem Saldo von 1 Mio. €. Damit können wir 2023 jedoch nicht rechnen.

Insbesondere aufgrund der weiter steigenden Personalausgaben sowie weiterer kaum beeinflussbarer Parameter bei den Aufwendungen, wird ein ausgeglichener Ergebnishaushalt auch in den Folgejahren immer schwieriger zu erreichen sein. Die Personalkosten mit jetzt 13 Mio. € (2013 waren es noch gut 7 Mio. €) machen aktuell 34,4% des Ergebnishaushalts aus. Wenn wir die Kita-Erweiterung im Richard-Wagner-Kindergarten und den Kita-Neubau an der Bahnhofstraße sowie die zunehmenden Bedarfe im Bereich der Sozialstation betrachten, wird dieser Anteil eher weiter steigen. Und ganz klar: Wir brauchen dieses qualifizierte Personal für diese derzeit so wichtigen Bedarfe ganz dringend. Auf der Einnahmenseite hätte man mit einer spürbaren Erhöhung von Steuern und Gebühren dieser Entwicklung etwas entgegenwirken können. Dies können und wollen wir unseren Bürgerinnen und Bürgern sowie Gewerbetreibenden gerade in dieser schwierigen Zeit jedoch nicht zumuten. So erkennen wir mit Blick auf die Entwicklung im Landkreis den Bedarf, die Gewerbesteuer nach zuletzt 2014 anzupassen, haben uns aber vor allem wegen der hohen Energiekosten gegen eine aktuelle Erhöhung für dieses Jahr ausgesprochen.

Wir starten im Haushaltsjahr 2023 mit einer ähnlichen Ausgangslage wie vor einem Jahr. Konkret einem Bestand an liquiden Mitteln in Höhe von rund 13,2 Mio. €. (2022 waren es 12,2 Mio. €). Bei den vorgesehenen Investitionen in Höhe von 19,2 Mio. € fließen rund 9 Mio. € in den Erwerb und die Erschließung von Baugrundstücken. Für Baumaßnahmen werden 8 Mio. € benötigt. Es sind hier vor allem aufgrund der bekannten Verzögerungen geschobene Investitionen im Gewerbegebiet Gebersheimer Weg und dem Bosch-Areal. Diese Ausgaben fließen sukzessive als Geldvermögen wieder in den städtischen Haushalt zurück, dennoch trübt es ein Stück weit die Bilanz. Zum Jahresende 2023 wird mit einem Bestand an liquiden Mitteln mit 9,7 Mio. € geplant. Bei diesem Betrag ist es legitim, auch die weiter vorhandenen und nicht im Haushaltsplan ersichtlichen Geldanlagen bzw. Kassenmittel in Höhe von rund 8,8 Mio. € zu berücksichtigen. Auch unsere Beteiligung am Stromnetz der Netze BW mit 2,7 Mio. € darf man bei der Gesamtbetrachtung nicht außer Acht lassen. Ebenso, dass Rutesheim auch weiterhin schuldenfrei ist. Im vergangenen Jahr zahlten wir für Geldanlagen noch 30.000 € Verwahrgeld – schön, dass diese Position künftig gegen deutlich mehr Zinsen ersetzt wird. Unser Fazit: Es geht uns im Vergleich zu vielen anderen Kommunen finanziell noch gut, dennoch müssen wir bei den anstehenden Herausforderungen alle kommenden Investitionen und Unterhaltungsmaßnahmen kritisch beleuchten und hinterfragen.

Wir möchten auf einige wesentliche Schwerpunkte der Investitionsausgaben in diesem Jahr kurz eingehen:

- **Erschließung des Gewerbegebiets Gebersheimer Weg.** Kein neues, sondern ein zeitlich geschobenes Projekt. Wir freuen uns, dass es nach dem Abschluss des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens und der hoffentlich baldigen Bestätigung des Landgerichts Stuttgart zur Umlegung nun endlich losgehen kann. Für die Erschließung dieses Gebiets sind in diesem Jahr gut 1,2 Mio. € eingestellt. Hier wird zu entscheiden sein, welche Firmen nach welchen konkreten Kriterien und in welcher Zeitschiene in den kommenden Jahren angesiedelt werden. Neben dem wichtigen Kriterium guter Branchenmix muss es für Rutesheimer Betriebe zusätzliche Bonuspunkte geben. Es gibt zwischenzeitlich viele Anfragen ortsansässiger Betriebe für diese Flächen.
- **Konversion des Bosch-Werksgeländes.** Ebenfalls ein zeitlich geschobenes Projekt. Nach dem Dreischergelände Auf der Steige und dem Kindler-Areal im Taläcker folgt nun eine dritte Umwandlung von Gewerbe- in Wohnbebauung. Wir werden hier ein attraktives neues Wohngebiet schaffen. Wir freuen uns auch hier über die nun in Sichtweite liegende Erschließung dieses Gebiets. Mittel in Höhe von 1,2 Mio. € haben wir für diese Erschließung in diesem Jahr vorgesehen.
- **Grunderwerb für das Wohngebiet Krautgärten in Perouse.** Auch in Perouse wird hier in den kommenden Jahren ein attraktives Wohngebiet in bester Lage entstehen. In diesem Jahr sollen für rund 1,4 Mio. € die restlichen Flächen erworben werden. Wichtig war uns hier ein faires Verfahren hinsichtlich der Ankaufpreise. Ein weiteres Anliegen ist uns im weiteren Verfahren ein spezifisches Wohnangebot für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger.
- **Eigenbetrieb Stadtwerke – erste Maßnahmen.** Die Gründung des Eigenbetriebs „Stadtwerke Rutesheim“

war mit Blick auf die vielfältigen – nun noch dringlicheren – Herausforderungen im Bereich der Energieversorgung ein richtiger Schritt. Der **Aufbau einer Wärmezentrale** für die Versorgung des künftigen Bosch-Wohngebietes ist dabei eine erste Herausforderung. Das Wärmenetz soll in der Folge noch weitere geeignete Wohngebiete versorgen. Auch die Mittel für die zwei **PV-Anlagen auf den Dächern der Realschule und der Sporthalle Bühl II** sind gut angelegtes Geld. Für diese erste Maßnahmen sind die in diesem Jahr eingeplanten 800.000 € gut angelegt.

Weitere wichtige strategische Themen aus Sicht der UBR:

- **Klimaschutz.** Rutesheim hat zum Klimaschutz schon in den vergangenen Jahren sehr viel unternommen, 2022 wurden weitere Weichen für ein klimafreundliches Rutesheim gestellt. Im neu geschaffenen Klimabeirat wurden zahlreiche – auch viele kleinere – Maßnahmen bearbeitet. Unsere Fraktion unterstützt die Planung, die straßenabgewandte Süd-Seite des südlichen Lärmschutzwalles entlang der Autobahn A 8 für eine **Freiflächen-PV-Anlage** zu nutzen. Auf vielen anderen Streckenabschnitten der Autobahnen wurde dies schon realisiert – von daher erscheint die bisherige Haltung der zuständigen Bundesbehörde nicht schlüssig. Mit großer Mehrheit begrüßen wir den Bau einer **Windkraft-Anlage** im Bereich der Exklave Perouse. Nur ein schneller Ausbau und ein breiter Mix an erneuerbaren Energien kann den Ausfall bisher bezogener fossiler Energieträger wie Gas und Öl teilweise kompensieren.
- **Ortskernsanierung.** Mit dieser nun schon vierten Ortskernsanierung in Rutesheim versuchen wir in den kommenden Jahren die restlichen Quartiere in der Ortsmitte aufzuwerten. Die bereitgestellten Fördermittel sollen sowohl ein Anreiz für eine Neubebauung wie eine Sanierung der Bestandsgebäude sein. Wir hoffen auf einen guten Mix von alt und neu und dass einige gut erhaltene, ortsbildprägende Gebäude Rutesheim bestehen bleiben. Der Start in diesem Jahr erfolgt mit der Sanierung der Gebersheimer Straße.
- **Unterbringung von Flüchtlingen.** Durch den Krieg in der Ukraine hat sich diese Aufgabe massiv verschärft. Ein Kriegsende ist nicht in Sicht und durch die laufende Zerstörung der Infrastruktur in der Ukraine rückt eine Rückkehr dieser bei uns Schutzsuchenden in weite Ferne. Auch in Syrien, Afghanistan und weiteren Herkunftsländern von Flüchtlingen gibt es keine Entspannung. Zu diesem Personenkreis kommen noch zahlreiche sozial Bedürftige ohne eigene Wohnung hinzu. Die Unterbringung so vieler Menschen ist eine Mammutaufgabe, wir danken hier der Integrationsmanagerin, Frau Natascha Bauer und Frau Diana Lercher, dem Freundeskreis Flüchtlinge sowie allen weiter hier engagierten Personen ganz herzlich für ihre nicht einfache Arbeit. Der Gemeinderat hat es sich bei der Suche nach geeigneten Unterbringungsstandorten nicht einfach gemacht. Es war bei allen geprüften Standorten ein zähes Abwägen von wenigen Pro- und vielen Kontra-Argumenten. Lösungen mussten gefunden und Kompromisse eingegangen werden. Natürlich sind Containerbauweisen für diese Unterbringungen sowie notwendig gewordene Verdichtungen bei den vorhandenen Wohnräumen nicht zufriedenstellend, wir haben Verständnis mit der Unzufriedenheit von Betroffenen. Aufgrund des hohen und vor allem schnellen Bedarfs kommen wir nicht umhin, neben dem Bau einer neuen

Flüchtlingsunterkunft in Holzständerbauweise jedoch alle weiteren Möglichkeiten auszuschöpfen. Wir bitten die Verwaltung, die Bürgerinnen und Bürger hier mit größtmöglicher Transparenz über die Situation zu unterrichten, um dadurch Gerüchten und Ängsten vorzubeugen.

- **Planungen für künftige Wohn- und Gewerbegebiete.** Nach einer intensiven Beratung in der Klausurtagung haben wir in der letzten Sitzung des Gemeinderats im Dezember 2022 mit Aufstellungsbeschlüssen und Satzungen über ein besonderes Vorkaufsrecht erste Weichen für eine Reihe weiterer möglicher künftigen Baugebiete in Rutesheim und Perouse gestellt. Welches dieser Gebiete tatsächlich und in welchem Zeitfenster erschlossen wird, ist noch völlig offen. Dies hängt insbesondere auch von der Verkaufsbereitschaft der jeweiligen Eigentümer ab. Für uns als Gremium wird diese Entwicklung in den kommenden Jahren und Jahrzehnten eine spannende Aufgabe sein. Auch weiterhin setzen wir uns für ein maßvolles Wachstum ein, bei der die Infrastruktur stets mit betrachtet wird.
- **Schulstadt Rutesheim.** Im Schuljahr 2022/23 haben wir mit 2.527 Schülerinnen und Schülern in 89 Klassen eine Rekordzahl erreicht. Vor 5 Jahren waren es noch 2.102 Schülerinnen und Schüler in 81 Klassen. Wir danken den Schulleitern und Lehrkräften für ihr Engagement bei den aktuellen Herausforderungen, z.B. der Integration von Flüchtlingskindern in den Unterricht. Die eingeplanten 440.500 € für die **Fortsetzung des Digitalpakts** für unsere Schulen sind gut angelegtes Geld in die Bildung. Über die Hälfte der Schülerinnen und Schüler kommt von auswärts. Leider gibt es immer wieder Klagen über diese notwendigen Schülertransporte. Wir bitten die Verwaltung, sich weiter im Rahmen ihrer Möglichkeiten für Verbesserungen bei dieser Herkulesaufgabe für die Busunternehmen einzusetzen.
- **Radverkehr.** Ein stetiger Ausbau der Radinfrastruktur kann den Autoverkehr weiter reduzieren. So begrüßen wir den geplanten Radweg von Heimsheim nach Perouse. Die solarbetriebene Radwegbeleuchtung von Rutesheim nach Perouse ist gerade auch für die Schüler wichtig. Es gilt, weitere geeignete Strecken sukzessive zu prüfen. Die Belange der Landwirte müssen dabei ebenfalls berücksichtigt werden.

Am Ende – wie immer – noch ein perspektivischer Ausblick: Rutesheim kann gerade in so schwierigen Zeiten auf besondere Stärken und Standortfaktoren bauen:

- Rutesheim ist attraktiv und verfügt über eine ausgezeichnete Infrastruktur.
- Das Klima im Ort ist gut, die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich wohl. Das zeigen auch die Ergebnisse bei der letzten STEP-Bürgerbefragung.
- Wir haben eine leistungsfähige und engagierte Verwaltung. Daneben einen Gemeinderat, der konstruktiv und konsensfähig agiert und dabei vor allem das Gemeinwohl – die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger – im Blick hat.
- Eine tragende Säule ist das vielfältige ehrenamtliche Engagement, vor allem auch in den Kirchen und unseren Vereinen. Schön, dass viele Aktivitäten im vergangenen Jahr wieder möglich waren. Unserer Vereinsförderung muss auch künftig eine besondere Bedeutung zukommen.

- Wir freuen uns, dass im vergangenen Jahr wieder Besuche in unsere Partnergemeinden in Scheibbs und Perosa Argentina möglich waren und in Scheibbs auch das 50-jährige Jubiläum gebührend gewürdigt werden konnte. Wir danken dem Partnerschaftskomitee für die sehr gute Organisation.
- Wichtig bei dieser Konstellation ist eine weiterhin transparente Kommunalpolitik, bei der die Bürgerinnen und Bürger informiert, angehört, ernst genommen werden. Das veröffentlichte Arbeitsprogramm des Gemeinderats sowie die detaillierte Berichterstattung aus den Sitzungen des Gemeinderats sind dabei wichtige Bausteine.
- Mit diesen Stärken werden wir auch die aktuellen, besonderen Herausforderungen in den kommenden Jahren stemmen.

Wir möchten mit Blick auf die aktuell, schwer einschätzbare Lage unsere Haushaltsrede wieder mit einem Zitat beenden: *„Die Welt ist im Wandel – und noch nie hatten wir so viel Zeit uns selbst kennenzulernen und zu akzeptieren, dass es im Moment so ist, wie es ist.“*

Wir bedanken uns abschließend bei Ihnen, Frau Bürgermeisterin Widmaier, bei den Amtsleitern und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit und die gute Zusammenarbeit im Jahr 2022. Hervorheben möchten wir an dieser Stelle die wertvolle Arbeit – auch an Wochenenden und an Feiertagen – der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Sozialstation. Wir freuen uns, dass durch die guten Bedingungen der Stadt und neuer Anreize offene Stellen teilweise wiederbesetzt und auch neue Auszubildende gewonnen werden konnten. Ein besonderer Dank gilt auch dem Bauhofteam, auch hier sind Einsätze außerhalb der Regelarbeitszeit häufig. Etwas Sorgen machen uns die Abgänge erfahrener Mitarbeiter in unserer Kämmerei. Wir können nur auf ein schnelles Einarbeiten der neuen Kräfte in diesem wichtigen Ressort hoffen.

Danke auch in die Runde im Gemeinderat für das gute Miteinander. Gerade wenn schwierige und kurzfristige Entscheidungen zu treffen sind, wie z.B. das Thema Unterbringung von Flüchtlingen, ist das Zusammenwirken von Verwaltung und Gemeinderat und ein konsensfähiges Gremium von besonderer Bedeutung, mitunter auch ein Standortvorteil. Wir danken allen Bürgerinnen und Bürgern für ihre Steuern, Gebühren und Abgaben sowie das vielfältige ehrenamtliche Engagement in Vereinen, Kirchen, bei der Kultur und Heimatpflege in dieser besonders herausfordernden Zeit.

Wir Freien Wähler von den Unabhängigen Bürgern Rutesheim stimmen dem Haushalts- und Wirtschaftsplan 2023 ohne Änderungsanträge zu. Ebenso dem Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Wasserversorgung.“

StR Vetter erklärt für die CDU-Fraktion:

„Wiederum liegt ein außergewöhnliches Jahr hinter uns. Das dritte Corona-Jahr – das wir nun hoffentlich endgültig hinter uns haben – und fast ein Jahr Krieg in der Ukrainemitten in Europa - das auch unser gewohntes, sicheres und unbeschwertes Leben enorm zum Wanken brachte und tiefgreifende Veränderungen für unser bisheriges Leben hat.

Wer hätte gedacht, dass wir auf diese Art und Weise zum Energie sparen gedrängt werden, unsere Heizgewohnheiten einzuschränken, unseren Stromverbrauch so drastisch reduzieren müssen. Einerseits wird dadurch unser Bewusstsein geschärft, dass wir die Energiewende schneller als geplant hinbekommen müssen. Anderer-

seits erleben wir durch den Krieg eine Inflation mit der wir in keinsten Weise gerechnet haben und die viele Menschen auch in unserem Land in große finanzielle Bedrängnis bringen. Mittelschicht und Mittelstand, die Säulen unserer Gesellschaft bzw. Wirtschaft und unseres Wohlstands, geraten in bedrohliche Situationen, weil man sich Gewohntes nicht mehr leisten kann. An allen Ecken und Enden muss gespart werden. Dies hat wiederum große Auswirkungen auf die Wirtschaft in vielen Bereichen. Wir sparen im Handel, in der Gastronomie, bei Reisen und vielem mehr. Dadurch kommen auch diese Wirtschaftszweige mit ihren vielen Beschäftigten auch wieder in eine Schieflage, sind doch viele noch von Corona-Pandemie gebeutelt. Der Staat soll und muss unterstützen. Doch leider kann nicht allen geholfen werden. Auch unsere Kommunen sind davon betroffen. Die Steuereinnahmen werden weniger werden.

Doch wollen wir nicht mit einer Jammerrede ins neue Jahr starten. Schauen wir genau hin, geht es uns im Verhältnis zu vielen anderen immer noch sehr gut. Unsere Wohnungen sind noch so warm, dass wir nicht frieren, die Stromversorgung reicht auch noch, Urlaub können sich die meisten trotzdem noch leisten, vielleicht halt nur einmal im Jahr. Auch beim großen Medikamentenjammer, den allermeisten wird immer noch gut geholfen. Wie schon gesagt, im Vergleich zur Ukraine, zu vielen europäischen Ländern, ganz zu schweigen von vielen Ländern weltweit. Arbeitslosigkeit ist ebenso auch kaum ein Thema – zum Glück.

Unsere Ausgaben im Ergebnishaushalt sind wiederum höher als die Einnahmen um 730.000 €. Damit verfehlen wir das Ziel der intergenerativen Gerechtigkeit. Selbstverständlich soll es unser Ziel sein, nur das auszugeben was wir auch einnehmen. Doch im Blick auf die vielen Vorhaben, wird sich dies sicherlich auch wieder in Einklang bringen.

Wir wollen unseren Nachfahren keinen Schuldenberg überlassen. Das wird in politisch höheren Stellen schon zu genüge getan. Uns ist bewusst, dass wir Steuern erhöhen müssen, um allen Forderungen nachzukommen bzw. erforderliche Projekte umsetzen können. Doch ist auch hier immer eine moderate Erhöhung anzusetzen. Wir sind dankbar, dass für dieses Jahr keine Änderungen vorgenommen wurden. Allerdings: wir werden uns künftig sicherlich bei der ein oder anderen lieb gewonnenen Veranstaltung und Einrichtung ebenso einschränken müssen. Auf das gesamte Zahlenwerk wurde schon bei der Haushaltseinbringung und von den Vorrednern eingegangen. Dies will ich nicht alles wiederholen.

Mit großem Interesse sind wir dem Bericht von Henry Schort vom Partnerschaftskomitee gefolgt. Sehr anschaulich wurde uns von den Aktivitäten berichtet. Wir unterstützen diese ausdrücklich und bedanken uns bei Henry Schort und dem ganzen Team für die ausführlichen Erklärungen. So funktioniert Völkerverständigung! Und der Austausch mit unseren europäischen Nachbarn fördert den Frieden zwischen den Nationen. Ebenso bedanken wir uns bei der engagierten Büchereileitung, der eindrucksvollen Arbeit der Sozialstation, sowie bei der Feuerwehr mit ihren vielfältigen Einsätzen bis hin zum Gießen im Wald. Ohne all die hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeitenden wäre vieles davon nicht zu bewältigen. Der Dank schließt ebenfalls alle engagierten Bürgerinnen und Bürger die sich das ganze Jahr über in Vereinen, Kirchen und sonstigen ehrenamtlichen Einrichtungen, wie zum Beispiel dem Kulturforum, dem Arbeitskreis Geschichte vor Ort, oder dem Cafe International

einsetzen ein. Wir können uns glücklich schätzen über dieses Engagement, denn so können wir mit Fug und Recht sagen, dass unsere Stadt aktiv, innovativ und lebenswert ist und wir ein friedliches Miteinander haben.

Ein großer Schritt in Richtung Klimaneutralität wurde im letzten Jahr mit der Gründung der Stadtwerke Rutesheim vorgenommen. Das Bosch-Areal soll ausschließlich an die Nahwärmeversorgung angeschlossen werden. Wäre dieses Neubaugebiet, wie einst geplant, schon früher umgesetzt worden, hätten wir diese Möglichkeit sicherlich verspielt. Manchmal ist es auch gut, wenn sich Bauvorhaben verzögern.

Nun hoffen wir, dass die Autobahn GmbH der Photovoltaikanlage entlang der Autobahn zustimmt. Wenn man bedenkt, in welcher angespannter Lage sich unsere Energieversorgung befindet, so ist es wirklich absolut unverständlich, dass einem solchen Vorhaben nicht sofort mit Freude zugestimmt wird. So viel zur Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien und des Bürokratieabbaus.

Wohnungen müssen bezahlbar sein! Doch bei der derzeitigen Situation wird ein eigenes Zuhause für viele immer unrealistischer. Selbst Haushalte mit gutem Einkommen sind fast nicht mehr in der Lage sich ein Eigenheim zu leisten. Deshalb ist es gut, dass wir im Bosch-Areal Wohnungen fördern.

Daher an dieser Stelle wieder ein Aufruf an jene Haus- oder Wohnungsinhaber, die diese aus unterschiedlichen Gründen leer stehen lassen: Die Wohnungen werden dringend gebraucht! Von jungen Familien, Menschen mit geringerem Einkommen und immer mehr auch von Geflüchteten. Wie bereits zu Beginn gesagt: Uns geht es immer noch gut! Und wir zeigen uns sehr solidarisch mit Flüchtlingen aus der Ukraine. Aber es gibt es auch viele Flüchtlinge aus anderen Ländern die wir aufnehmen müssen. Jeder Wohnraum hilft. Stadt und Gemeinderat haben daher beschlossen, weitere Wohncontainer bereitzustellen. Doch um den Menschen eine Perspektive zu ermöglichen, sollten diese nur vorübergehend sein.

Wir hoffen, dass mit der Neuauflage der Ortskernsanierung auch über dieses Programm neuer Wohnraum geschaffen werden kann. Wir bitten die Stadtverwaltung, die Besitzer umfassend über diese öffentlichen Mittel und Möglichkeiten zur energetischen Sanierung zu informieren. Im Zuge von Straßenumgestaltung soll bitte auch nochmals auf die Möglichkeit der Beetpatenschaften hingewiesen werden.

Auch müssen wir Wege beschreiten, um für spätere Bebauung bereitstehende Flächen bis dahin in temporäre wohnliche Nutzung zu überführen, zum Beispiel durch Tiny-Häuser. Diese können nach entsprechender Zeit wieder abgebaut werden. Eine weitere kreative Lösung für bezahlbaren Wohnraum sind die Hoffnungshäuser.

Mit langer Weitsicht haben wir für eventuelle Neubaugebiete in Rutesheim, Perouse und dem Heuweg ein Vorkaufsrecht beschlossen. Ob diese Gebiete in zehn, zwanzig oder gar dreißig Jahren in Wohnbau übergehen wissen wir heute noch nicht. Doch angesichts dem derzeitigen akuten Wohnraum Mangels, war es der richtige Schritt.

Der Kauf der Krautgärten in Perouse ging sehr zügig voran. Auch diese Fläche benötigen wir dringend zur weiteren Wohnbebauung. Deutschlandweit fehlen aktuell 700.000 Wohneinheiten. Ohne zügige weitere Ausweitung von Baugebieten werden wir den Nachholbedarf nicht mal ansatzweise schaffen.

In allen Bereichen mangelt es an Fachkräften - doch auch diese benötigen alle eine Wohnung. Ein kleiner Schritt dazu sind die zwei Wohnungen für Mitarbeitende im Richard-Wagner-Kindergarten.

Wie können wir da unsere Flüchtlinge besser integrieren? Können diese die fehlenden Arbeitskräfte auf längere Sicht ausgleichen? Das wichtigste bei der Integration ist die Sprache. Die Kinder und Jugendlichen müssen möglichst früh in unser Bildungssystem integriert werden. Gute Ausbildung ist auch Prävention zur Vermeidung von Konflikten und letztlich Straftaten.

Deshalb stimmen wir auch den hohen Personalkosten im Kita- und Kiga-Bereich gerne zu. Immer mehr wird deutlich, wie wichtig eine gute Betreuung unserer Kleinsten ist. Dies führt sich fort in der Schule. Unsere Schulen sind bestens ausgestattet und wir sind dankbar, dass der Digitalpakt so fortgeführt wird.

Wir hören ständig, dass die Digitalisierung der Verwaltungen in unserem Land nicht vorankommt. Ich denke für Rutesheim können wir behaupten, dass wir auf einem guten Level sind und die Digitalisierung mit großen Schritten voranschreitet. Allen hier Beteiligten, insbesondere Frau Stähle ein großer Dank dafür.

Zum zweiten Mal hat der CDU-Stadtverband vergangen Herbst eine Putzaktion durchgeführt. Plogging – Laufen und nebenher den umliegenden Müll einsammeln. Viele beschwerten sich über den „Mist“ den einige einfach fallen und liegen lassen. Wir wollen uns deshalb gezielt dafür einsetzen, dass unsere Stadt sauber bleibt. Leider ist uns eine extreme Müllansammlung an einem von Jugendlichen genutzten Raum, der Pumptrackbahn, begegnet.

Beim STEP haben die Jugendlichen gezeigt, dass sie dies auch wahrnehmen und als wichtiges Thema angesprochen. Es wäre schön, wenn sie hierfür auch Verantwortung übernehmen, eventuell auch in Kooperation mit dem Jugendtreff.

Um der Vermüllung entgegen zu wirken, wird von der Stadtverwaltung alljährlich eine Putzaktion organisiert. Wir würden es begrüßen, wenn dieses Engagement ausgeweitet werden würde und sich Rutesheim am World-Clean-Up-Day, am kommenden 16.09.2023 beteiligen würde.

Erneut konnten wir beim Waldrundgang den kritischen Zustand vieler Bäume sehen. Da der Wald immer mehr der Erholung und Freizeit dient, stehen wir ganz hinter dem Konzept, dass ein Strategiewechsel vorgenommen wird. Anfällige Tannen und Fichten sollen schon früher gefällt werden und nicht abgewartet werden, bis der Borkenkäfer sich breit gemacht hat. Somit können wir unseren Wald dahingehend verändern, dass vor allem mehr Laubbäume gepflanzt werden, die klimaresistenter sind. Das eingeschlagene Holz können wir noch nutzen, obgleich dies nicht unser vorrangiges Ziel ist.

Wie bereits erwähnt hat der Wald der Zukunft vielfältige Nutzen: Spazieren, Wandern, Fahrrad fahren, Mountainbiketrails, Hochseilgarten. Wir sind dankbar, dass der Wald für uns Menschen als Ausgleich genutzt werden kann. Aber um sicher zu stellen, dass Natur und Mensch im Einklang stehen, schlagen wir die Einrichtung geeigneter Wildruhezonen vor, wie sie sich im Schönbuch gleich fünfmal bewährt haben.

Wir sind nicht nur aufgefordert Energie einzusparen, sondern auch unser hohes Gut Wasser. Der Grundwasserspiegel leidet ebenso unter dem Klimawandel. Trockene Sommer, warme Winter. Um neue Quellen zu erschließen müssen wir in immer tiefere Schichten vor-

dringen, aus denen dann aber auch nicht die erhofften Kubikmeter sprudeln. Künftig werden wir im städtischen und privaten Bereich auf robustere Pflanzenarten umsteigen müssen.

Können wir es uns in Zukunft noch leisten den Rasen zu sprengen? Die Sportanlagen? Täglich unsere Grünanlagen und Gärten mit Trinkwasser zu gießen? Das sogenannte Grauwasser benötigen wir als Alternative. Dieses kann und muss so aufbereitet werden, dass wir dies zur Bewässerung unserer Außenanlagen einsetzen können. Weiterhin benötigen wir Zisternen, um Regenwasser lukrativ zu sammeln. Wir sollten Überlegungen anstellen, ob wir diese in den Krautgärten oder auch im Bosch-Areal zur Nutzung für Landwirte, aber auch für andere Einrichtungen zur Verfügung stellen können. Die Gebühren müssten von der Stadt erhoben werden. Dadurch würde auch unsere Kläranlage, die teuer saniert und langfristig erweitert werden muss, ebenfalls entlastet.

Mit einstimmigem Beschluss haben wir eigene Stadtwerke gegründet. Beginnen wollen wir mit dem Ausbau der Nahwärmeversorgung. Gespannt blicken wir auf die Vorstellung des Ergebnisses zur kommunalen Wärmeplanung. Die Stromversorgung dürfen wir dabei keinesfalls aus dem Blick verlieren, sie gehört selbstverständlich genauso dazu.

Woher kommt all die Energie? Am besten ist die Energie, die wir erst gar nicht benötigen und mit vielen Maßnahmen lässt sich dies auch bewältigen. Zum Beispiel mit Fassadenbegrünung. Bei der Sanierung von öffentlichen Gebäuden sollten wir als Stadt möglichst innovativ voran gehen. Fassadenbegrünung sieht nicht nur gut aus, sondern kühlt im Sommer und schützt im Winter. Eventuell könnten wir uns in Stuttgart das neu erstellte Areal in der Calwer Straße dazu mal ansehen.

Dass wir gerne eine PV-Anlage entlang der Autobahn hätten, haben wir schon erwähnt. Eine weitere Möglichkeit einer PV-Anlage wäre auch entlang der Umgehungsstraße zwischen Flachter Kreisel und Gewerbegebiet. Dies bitten wir zu prüfen. Auch eine Windkraft-Anlage haben wir im letzten Jahr beschlossen. Wir könnten dies in interkommunaler Zusammenarbeit planen mit den Gemeinden Heimsheim und Weissach und gemeinsam in größerer Dimension einen kleinen Windpark entwickeln. Weiter gibt es noch viel Potenzial auf privaten und gewerblichen Dachflächen für Photovoltaikanlagen oder kleine Windkraftträder.

Viele gute Ideen sind im Klimabeirat entstanden, mit wertvollen Beiträgen aus der Bürgerschaft und der Bereitschaft diese auch umzusetzen. Dafür herzlichen Dank an alle Bürgerinnen und Bürger die sich so konstruktiv für den Schutz des Klimas einsetzen. Wir wünschen uns weiterhin eine aktive Beteiligung.

Eine Überlegung wäre auch in den Außenbereichen der Stadt die Beleuchtung wie auf dem Weg Rutesheim-Perouse umzustellen. Zum Beispiel auf dem Weg Röte zwischen Feldern und Wohngebiet. Es sind nur kleine CO²-Einsparungen, doch die Summe macht's.

Wir sind alle aufgefordert uns weiterhin mit guten umsetzbaren Möglichkeiten zum Schutz des Klimas, für den Schutz der Umwelt, der Vermeidung von Abfall und der Vermeidung von Lebensmittelverschwendung einzusetzen.

In 2023 und den kommenden Jahren haben wir viele Aufgaben zu bewältigen, von der Kanalinnensanierung bis zum Kläranlagenausbau, Erschließung Gebersheimer Weg, Anbau Kindergarten und vieles mehr. Die Aufgaben

sind vielfältig und anspruchsvoll. Doch bei der Stadt Rutesheim können wir mit Fug und Recht sagen, dass diese angepackt und zügig umgesetzt werden. Dafür vielen Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Vielfältig sind auch zwischenzeitlich die Bestattungsarten. Wir begrüßen, dass in Rutesheim und Perouse auf die individuellen Wünsche der Trauerbewältigung eingegangen wird. Ebenso ein großer Dank für die Anlage zur Erinnerung an Sternenkinder. Diese ist wirklich sehr gelungen.

Nach wir vor haben wir noch eine gute Liquidität. Deshalb können wir all die vielfältigen Aufgaben ohne Kreditaufnahme stemmen. Dies soll auch in Zukunft so bleiben. Deshalb, wie anfangs erwähnt, werden wir künftig noch mehr auf die Ausgaben achten müssen. Wir wollen liebgewonnenes und das wertvolle Miteinander nicht aufgeben. Doch vielleicht etwas kürzer treten zum Wohle von unseren Nachfahren und Nachfolgern.

Hiermit bedanken wir uns ganz herzlich bei allen an der Haushaltsplanung Beteiligten. Es war in diesem Jahr ein besonderes hartes Stück Arbeit, diesen so aufzustellen. Ebenso bedanken wir uns bei allen Steuer- und Gebührenzahlern, sowie bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich in diesen Zeiten füreinander und miteinander für eine gute Gemeinschaft in Rutesheim, Perouse und dem Heuweg einsetzen.

Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan und dem Wasserwirtschaftsplan zu.“

StR Fritz Schlicher erklärt für die GABL-Fraktion:

Zunächst Danke an die Vorredner. Da waren viele gute Denkanstöße zu hören. Viel gehört hat man aber auch von den Problemen und Krisen. Kürzlich habe ich sogar erstmalig die Wortkonstruktion „Multikrise“ gelesen. Müßig, sie alle nochmal aufzuzählen. Nur so viel: Nicht alle werden uns aufgezwungen. Vieles ist hausgemacht, kommt von zu zögerlichem Handeln trotz besserer Einsicht. Oder von falsch priorisierten Sparmaßnahmen. Ich vermeide die wohlfeile Floskel „Kaputt gespart“.

Wir entdecken die vergessene Erkenntnis neu, dass sich gutes Haushalten nicht am angehäuften Wohlstand in den guten Zeiten misst. Vielmehr kommt es darauf an, wie handlungsfähig wir bei schwierigen Rahmenbedingungen bleiben.

Sowohl bei der Einbringung dieses Haushaltes, wie auch in den Stellungnahmen heute sind pessimistische Töne zu hören. Man könnte zusammenfassen: wir hören viele Problembeschreibungen - aber die meisten Lösungsansätze münden in ein vorsichtiges „weiter so“.

Die Situation ist ohne Zweifel schwierig. Aber wir sehen die Lage nicht ganz so pessimistisch wie Herr Killinger, der im Dezember von den Grenzen der Leistungsfähigkeit des Staates, der Städte und Gemeinden gesprochen hat. Wir denken, Deutschland steht auf gutem Fundament. Für Rutesheim gilt das ebenso. Noch können wir alles wieder in den Griff bekommen. Aber nicht mit „weiter so“. Eher mit Selbstreflektion und der Bereitschaft zur Veränderung.

Die Veränderung im Haushaltswesen ist ein gutes Beispiel dafür. Hätten wir noch das kamerale Haushaltssystem, wäre an den Zahlen nichts wirklich Unbequemes abzulesen. Nun haben wir die Doppik. Sie beinhaltet den Aspekt der Generationengerechtigkeit. Und tatsächlich haben wir seit der Einführung keinen ausgeglicheneren Haushalt mehr, da uns die Abschreibungen der geschaffenen Infrastruktur einen Strich durch die Rechnung machen.

Das ist keine Verschlechterung der Haushaltslage, sondern eine realistischere Sichtweise. Denken wir die Doppik also ruhig weiter: wohin geht die Reise? Ein ganzheitlicher Blick auf die Welt ist das Ziel: gutes Haushalten beinhaltet irgendwann den gesamten Ressourcenverbrauch. Dann stellen sich so Fragen: welchen Wert hat eine intakte Natur? Ist Bauland tatsächlich mehr wert als Ackerland? Was kosten ausgestorbene Tierarten? Stand heute ist eine ausgeglichene Bilanz unmöglich.

Kein Grund zur Resignation. Nüchtere Analyse und Selbstkritik ist Basis von Verbesserung. Und darum ist das Glas nicht halb leer, sondern halb voll.

Optimismus darf nicht blind machen. Woran krankt es also? In der Folge wollen wir auf einige Punkte eingehen und beginnen mit dem offensichtlichsten.

In Rutesheim hat man sich zu sehr ans Wachsen gewöhnt. Wachstum ist an sich nichts Schlechtes. Aber das Tempo macht uns zu schaffen. Viele unserer Mitbürger*innen haben ein schlechtes Gefühl dabei. Und tatsächlich hat sich auch bei den Finanzen ein unguter Kreislauf eingestellt: Wir wachsen, verursachen damit Folgekosten. Praktisch ablesbar an den Kanalsanierungen. Mittlerweile eine kostspielige Dauerbaustelle. Um diese Folgekosten zu decken, wachsen wir weiter und erzeugen noch mehr Folgekosten. Quasi die Flucht nach vorne. Wie lange kann das weitergehen? Bis alles verkauft und zugebaut ist? Es ist offensichtlich: diesen Teufelskreis müssen wir durchbrechen.

Von heute auf morgen einfach aufhören können wir nicht. Sonst sind unsere Finanzen nur noch abhängig von Zuschüssen und Umlagen. Bereits heute der Großteil der Einnahmen. Es wäre das Ende der kommunalen Selbstbestimmung und wir würden jeglichen Handlungsspielraum verlieren.

Die Ausgaben wachsen. Also müssen auch die Einnahmen wachsen. Die Finanzierung der Stadt braucht mehr Standbeine.

1. Ein gesundes und gesteuertes Wachstum wird auch in den nächsten Jahren ein Teil davon sein. Aber nicht mehr im bisherigen Tempo. Und mit anderen Ansprüchen ans Flächenwachstum. Weg von der reinen Funktionalität hin zu mehr Aufenthaltsqualität, sprich Lebensqualität. Bei der Wohnbebauung hat sich bereits einiges geändert. Die vergangenen Jahre und die jetzige Planung sind geprägt durch Konversionen und Innenentwicklung. Beim Gewerbe wollen wir genauso behutsam mit Flächen umgehen. Da gibt es noch Luft nach oben.

2. Ungern, aber ehrlicherweise müssen wir über Steuererhöhungen sprechen. Es gibt nicht allzu viele bedeutende kommunale Steuern. Die Grundsteuer träge die Falschen. Überhaupt muss erst abgewartet werden, wie sich die Grundsteuerreform konkret auswirkt. Bleibt also die Gewbesteuer. Das Thema wird uns heuer beschäftigen. Wir sind offen und nehmen Leonberg als Messlatte.

3. Eine weitere Säule der Finanzierung zeichnet sich im aktuellen Haushalt ab: Die Stadtwerke Rutesheim. Ein Herzensprojekt, das den Kampf gegen die Klimaerwärmung verbindet mit langfristigem finanziellem Nutzen. Nutzen für die Stadt und für die Kunden – und fürs Klima. Vorausgesetzt, dass wir alles richtig machen. Dazu brauchen wir besonders zu Beginn zwei Dinge.

1. Finanzielle Mittel, um Energieerzeugung und Verteilungsnetz aufzubauen
2. Eine mutige, innovative und weitgesteckte Geschäftsplanung

Zum ersten Punkt wollen wir nur so viel sagen: das schaffen wir nicht mit Bordmitteln. Andererseits wollen wir keine Investoren beteiligen. Wenn es jemals eine Rechtfertigung für Schulden gegeben hat, dann diese geradezu historische Investition in die Rutesheimer Zukunft.

Der zweite Punkt ist schwieriger zu realisieren. Da sind nicht nur technische Fragen zu klären. Welche Energieträger, welche Speicher, welche Temperaturen im Netz. Viel spannender die Frage: glauben wir an den eigenen Erfolg? Oder planen wir in kleinen Trippelschritten und realisieren immer nur die Straße, das Gebiet, die sich gerade anbietet? Das würde nach unserer Meinung nicht funktionieren. Bei der Energieversorgung denkt man in langen Zeiträumen. Niemand wird eine neue Heizung nach wenigen Jahren wieder verschrotten. Unsere Bürger*innen müssen wissen, auf was sie sich in den nächsten Jahrzehnten einstellen können. Noch in diesem Jahr sollte eine Karte von Rutesheim auf dem Tisch liegen, auf dem jeder Hausbesitzer und jede Hausbesitzerin ablesen kann, wann ihr Gebäude ans Rutesheimer Nahwärmenetz angeschlossen werden kann. Wir gehen sogar noch einen Schritt weiter. Wir wollen nicht nur Wärme, sondern auch Elektrizität vermarkten. Sowohl regenerativen Strom anbieten als auch Solarstrom von unseren Erzeugern im Ort abnehmen. Wir unterstützen ausdrücklich die Bemühungen von Frau Widmaier, auf den Lärmschutzwällen der A8 Solarpaneele der Stadtwerke zu installieren. Dass die Stadt bereits einige Grundstücke nördlich vom Heuweg im Besitz hat, wäre eine gute Gelegenheit den Solarpark über die Lärmschutzwälle hinaus dorthin auszuweiten.

Auch bei der Windkraft geht es endlich voran. Schon zwei Mal haben wir die Diskussion in Rutesheim ohne Ergebnis geführt. Jetzt wird es ernst! Wir denken, es ist am besten, wenn unsere Mitbürger*innen den hier erzeugten Windstrom selbst auch nutzen können. Da wären wir wieder bei den Stadtwerken. Aber nicht nur der Weiterverkauf des Stromes wäre unser Ziel, auch eine Beteiligung an dem (wahrscheinlich) interkommunalen Windpark ist eine denkbare Option.

Konkret für 2023 heißt das: eine offene politische Diskussion über die anvisierte Dimension und das Leistungsangebot unserer Stadtwerke. Wir werden darüber sprechen müssen, welche personellen und finanziellen Ressourcen kurz-, mittel- und langfristig zur Verfügung stehen sollten. Trippelschritte sind hier nicht angebracht. Zeigen wir, dass wir das berühmte Rutesheimer Tempo noch können.

Dazu gehört auch, die Stadtwerke bei der anstehenden Ortskernsanierung IV mit einzubeziehen. Das Sanierungsgebiet bildet eine Diagonale durch den Kernort. Von der Renninger Straße bis zum Friedhof. Das bietet sich als Rückgrat eines Verteilnetzes geradezu an. Noch ein Grund mehr also, die Planungen zeitnah zu konkretisieren. Spätestens wenn die Gebersheimer Straße aufgebaggert ist, dann müssen wir sehr genau wissen, was alles verlegt werden muss.

Es ist ja ein Glücksfall, dass das erste Versorgungsgebiet für die Stadtwerke bereits feststeht. Das Bosch Areal. Das ist ein solider Grundstein. Es wäre für uns aber wirklich sehr unbefriedigend, wenn das zeitgleich kommende Gewerbegebiet Gebersheimer Weg nicht mit einbezogen würde.

Eigene Stadtwerke sind ein Meilenstein in der Rutesheimer Geschichte. Auch wenn sie haushalterisch einen eigenen Wirtschaftsplan haben werden, es gehört doch alles zusammen. Die GABL bekennt sich zu notwendigen

Investitionen für die Stadtwerke. Bis hin zur Schuldenaufnahme. Es wird um höhere zweistellige Millionenbeträge gehen. Wir denken trotzdem, dass durch zögerliche Planung Geld verschwendet und Zeit verloren würde. „Too little, too late“ beschreibt der Club of Rome den Kampf gegen die Klimaerwärmung. Wir können das besser und wir sind überzeugt, die Geschichte wird uns Recht geben. Nun wird es Zeit für eine weibliche Stimme, Frau Berner wird fortfahren.

StR'in Claudia Berner erklärt für die GABL-Fraktion:

„Genug davon. Reden wir über das nächste große Thema für 2023 und die Folgejahre. Das neue Stadtquartier **Bosch Areal**. Ein gewaltiges Vorhaben, das zukunftsweisenden und beispielhaften Charakter haben sollte. Nicht nur als Vorzeigeprojekt, sondern im Sinne der Menschen, die dort leben werden. Wir wiederholen noch einmal unsere Verbesserungsvorschläge von 2022. Sie sollen helfen, die Baukosten zu minimieren und die Lebensqualität zu optimieren.

1. Das Gebiet wird so autofrei wie nur möglich mit einer gemeinsamen zentralen Parkanlage. Zufahrt von der Bahnhofstraße. Der Stellplatzschlüssel liegt unter 1.
2. Das angedachte Projekt Mehrgenerationenhaus wird kombiniert mit der/m aufgeschobenen Kita / Kindergarten-Neubau. Dadurch entstehen neben erfahrungsgemäß guten Wirkungen aufs Zusammenleben auch Redundanzen bei gemeinsam genutzten Räumen.
3. Wir wollen die Quote für geförderten Wohnraum auf 50% erhöhen. Mit einer Bindung von 25 Jahren.
4. Wir fügen hinzu: angeregt durch die Initiative von Frau Widmaier, wollen wir die innovativen Wege bei der Behandlung von Abwässern und deren mögliche Nutzung für die kommunale Wärmeenergieerzeugung konsequent mitgehen.

Jeder spricht gerne vom „**Wohnraum** schaffen“. Wir präzisieren: bezahlbaren Wohnraum schaffen für alle Bevölkerungsschichten. Das ist unser Anspruch. Sowohl die Akademiker mit gutem Einkommen, wie auch die Menschen in prekären Jobs. Und auch Bedürftige und Geflüchtete in der Erst- und Anschlussunterbringung. Grundsätzlich gilt: Container sind besser als Sporthallen. Sowohl für die Benutzer als auch für die Bewohner. Aber für uns gilt auch: Container nahe der Ortsmitte sind besser als Container irgendwo weit draußen. Aber hier wie dort gilt: für eine gelingende Integration sind sie auf Dauer eher nicht geeignet. Wir brauchen einen Pool an Wohnungen für einkommensschwache Menschen. Die Zeit drängt. Die soziale Kluft wird mit jedem verlorenen Tag tiefer.

Ein kleiner Einschub zu den geflüchteten Menschen aus Kriegsgebieten: das ist eine große Belastung, aber seien wir dankbar, wenn neben Waffenlieferungen und der Versorgung von Geflüchteten keine schlimmeren Dinge auf uns zu kommen. Wir stehen als Stadträt*innen zu den neuen Standorten für die Container und zu dem Gebäude in Massivbauweise und wollen das offen bekennen.

Darum sind wir auch sehr dafür, das funktionierende Modell der Hoffnungshäuser bei uns zu realisieren. Sie verbinden günstigen Wohnraum mit gelebter Integration. Der Name ist Programm. Standorte könnten sein: Spisen 2 oder auch der Südteil des Bosch Areals, dem ehemaligen Parkplatz. Beides wäre schnell realisierbar.

Zu den **Gewerbegebieten**: sie werden uns heuer auch beschäftigen. Gebersheimer Weg steht in den Startlö-

chern. Nach der Zwangspause haben wir wieder alles in der Hand. Wir denken, was für Wohngebiete gut ist, gilt auch für das Gewerbe. Eine gemeinsame Energieversorgung und ein gemeinsames Parkhaus reduziert Kosten und spart Fläche. Am Samstag war in der LKZ zu lesen, dass man in Korntal-Münchingen einen nachhaltigen Gewerbepark plant. Gut so. Schauen wir, was die Kollegen dort machen und lernen davon.

Ein Gründer- oder Gewerbepark zwischen Universität und Bosch Forschungszentrum und anderen namhaften Technologiefirmen wäre ein echter Beitrag für die Wirtschaft der Zukunft, sprich Standortsicherung.

Im Gebersheimer Weg sollten wir auch gezielt Firmen mit Knowhow in der regenerativen Energiegewinnung und Nahwärmenetzen akquirieren. Das wäre doch eine sinnvolle Ergänzung und Hilfe beim Aufbau und Betrieb der Stadtwerke.

Was wir nicht wollen: Die Abhängigkeit von der Automobilindustrie weiter verfestigen. So lehnen wir weitere Expansionen im Schertlenswald -nach Süden und Osten in den verbleibenden Streuobstgürtel- grundsätzlich ab. Es wurden dort bereits Vorkaufsrechte für die Stadt gesichert. Das ist aus unserer Sicht sinnlos. Jeder Euro, der dort eine zukünftige Naturzerstörung besiegelt, ist falsch genutzt.

Noch ein paar Worte zu **Ausgleichsmaßnahmen, Grünflächen und Wald**.

Dass das Klima sich erwärmt, ist hinlänglich bekannt. Der Norden unseres Landkreises grenzt an den ohnehin warmen Rhein-/ Neckarraum, der nach heutigen Erkenntnissen stärker betroffen sein wird als andere Regionen. Wir müssen insbesondere mit Hitzeperioden und Trockenheit rechnen. Die Anzahl der Tage über 30°C wird sich mindestens verdoppeln. Das hat ohne Frage konkrete Auswirkungen auf unser Leben und Planen.

Die Klimaveränderung soll auf 1.5°C begrenzt werden, das ist das politische Ziel. Daran müssen alle mitwirken bis ins alltägliche Handeln hinein. Die Aktivitäten der Menschen im Ort, der Klimabeirat, aber auch alle anderen Akteure leisten unglaublich wichtige Beiträge. Für das meteorologische Klima, aber auch für das menschliche Klima. Wir Menschen lassen uns anstecken von anderen Menschen. Egal wie klein es sein mag, kein gutes Beispiel ist umsonst. Die Stadt wird die Aktionen mit Rat und Tat und Geld begleiten.

Unser stärkster Verbündeter im Kampf gegen Hitze und Trockenheit aber ist unser Stadtwald. Es lässt sich verkürzen auf die Aussage: jeder Baum ist ein guter Baum. Leider ist der Wald auch von den Folgen der Trockenheit bedroht und braucht alle Pflege, die möglich ist. Die GABL möchte darum den Umbau vom Wirtschaftswald hin zum Klimawald mit aller Konsequenz vorantreiben. Sie haben vielleicht in der Presse gelesen, dass die Stadt Stuttgart den Stadtwald zukünftig nach den Naturland-Richtlinien der ökologischen Waldnutzung zertifizieren und bewirtschaften will. Das schlagen wir für Rutesheim auch vor. Wir sollten das in nächster Zeit in dichter Abstimmung mit dem Forst besprechen.

Wie gesagt, der Wald ist unsere beste Waffe gegen die Klimaerwärmung und ihre Folgen. Nützen wir sie! Wenn damit Ökopunkte verbunden sind, umso besser.

Damit sind wir beim Thema **Ausgleichsmaßnahmen**. Man kann sie als ungeliebte Nebenkosten abtun. Besser aber ist, sie als Chance zu nutzen. Jeder wird unterschreiben, dass man Ausgleichsmaßnahmen sinnvoll einsetzt, um positive Effekte aufs lokale Klima zu erzie-

len. Dafür steht die GABL seit langen Jahren ein. Ökologischer Ausgleich, möglichst vor der eigenen Haustür. Es ist ja schön, wenn mit unseren Ökopunkten auch anderenorts Verbesserungen möglich sind. Besser ist hier! Für die kommende Zeit ist unsere Linie klar: wir brauchen einen gesunden Wald. Aber wir brauchen auch neue Bäume. Aufforstungen, genau wie auch Bäume in der Stadt. Dass Obstwiesen Obstwiesen bleiben müssen, ist sowieso klar.

Nicht uneingeschränkt einverstanden sind wir darum bei beschleunigten Verfahren für Baugebiete, die dann ohne Ausgleichsmaßnahmen realisiert werden können. Das ist aus unserer Sicht kontraproduktiv. Wir haben noch genügend Baugebiete im Flächennutzungsplan, so dass wir darauf nicht wirklich angewiesen sind.

Soviel zu unseren Herzenthemen.“

StR Fritz Schlicher erklärt für die GABL-Fraktion:

„Wir hatten eingangs über die Multikrise gesprochen. Und dass wir das Steuer noch herumreißen können. Außer Finanzen braucht es dafür noch etwas: Zusammenhalt.

Das, im demokratischen Prozess entstandene, Motto der Stadtentwicklung lautet: Miteinander Füreinander. Stadtentwicklung unter diesem Vorzeichen ist kein Selbstläufer. Wir müssen es mit Leben füllen. Mit Tatkraft, Toleranz, Solidarität und gelebter Demokratie.

Die vielen Ehrenamtlichen hier in der Stadt machen Hoffnung: wir bauen auf ein funktionierendes Gemeinwesen, wo jeder seinen Platz finden kann. Die Stadt wird die bewährten Förderungen der Vereine und Kirchen auch in schwierigen Zeiten ohne Wenn und Aber durchhalten. Ein gutes Miteinander kann man nicht hoch genug schätzen. Weder Sparkurs noch Ausruhen auf Lorbeeren wäre gerechtfertigt. Die Demokratie ist akut bedroht. Von außen: viele kleine und große Despoten bohren daran herum. Und von innen: da gibt es Leute in Deutschland, mitten unter uns, die unsere liberale Gesellschaft so hasen, dass sie sogar einen Putsch riskieren. Sie verachten uns als dekadent und schwach. Sie sollen sich täuschen.

Weil es hier passt: ein Aufruf in gemeinsam-eigener Sache: An alle Leser*innen und Zuhörer*innen. Die Kommunalpolitik braucht engagierte Menschen. Im Jahr 2024 stehen wieder Kommunalwahlen an. Seien Sie dabei! (Im Zeichen der Entbürokratisierung und um die Sache zu vereinfachen, würden wir sogar über die Abschaffung der komplizierten „unechten Teilortswahl“ nachdenken.)

Zum Schluss. Das ist der richtige Zeitpunkt, um allen, die zur Erstellung dieses Haushaltes inhaltlich und praktisch beigetragen haben, zu danken. Ein Haushaltsentwurf ist Politik in Zahlen. Wie schon gesagt, stimmen wir dem Planwerk zu. Eingebettet in die Gedanken, die wir ausgeführt haben. Sie sind konstruktiv kritisch gemeint, ganz im Sinne der Worte, die kürzlich auf unseren Stadtnachrichten zu lesen waren: „Die Zukunft hängt davon ab, was wir heute tun (Mahatma Ghandi).“

StR Dr. Tommy Scheeff, SPD, erklärt:

„Menschen spielen Schach, sie beherrschen das Klavierspiel, machen dank Mobilität und Kommunikation die Welt zu einem Dorf; sie fliegen zum Mond und darüber hinaus, verändern den genetischen Bauplan von Lebewesen und entwickeln in Windeseile Impfungen gegen Seuchen. Mit dem James-Webb-Teleskop können sie seit einiger Zeit sogar die nahezu ältesten Sterne im Universum ablichten – oder anders formuliert: Die Menschheit kann Fotos in der Vergangenheit knipsen.

Das alles hält einen Teil unserer Spezies offensichtlich nicht davon ab, auf seine niedersten Instinkte zurückzugreifen. Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine kehrt der Krieg zurück nach Europa. Kaum hatten wir eine Großkrise überwunden, steht schon die nächste ins Haus. Dabei hatten wir doch so die Nase voll von schlechten Nachrichten.

Wer meint, das alles betreffe Kommunen nicht, der täuscht sich ganz gewaltig. Die vergangenen Krisen haben in Rutesheim und Perouse nicht nur Spuren hinterlassen – sie werden auch auf lange Sicht unser kommunalpolitisches Handeln prägen. Und damit meine ich nicht nur die Rückkehr der Sirenen für ca. 75.000 €. Corona, Wohnraumangel, Flüchtlingsbewegungen, Fachkräftemangel, demographische Entwicklung, Ökologie, Digitalisierung, Infrastrukturerhalt, Inflation, Energie und auf absehbare Zeit auch Staats- und damit Stadtfinanzen sind die politischen Schubkräfte unserer Zeit.

Werfen wir zunächst einen Blick zurück auf *die* Großkrise der vergangenen Jahre. Dank Impfungen und glücklichen genetischen Entwicklungen haben wir Corona zwar nicht besiegt, aber immerhin sehr gut in den Griff bekommen. Was fast noch mehr erstaunt: Das von vielen Experten prognostizierte wirtschaftliche Untergangsszenario blieb aus, auch wenn die Folgen in Teilen durchaus dramatisch waren. In Rutesheim und Perouse sieht man das ganz gut an zwei Maßzahlen – der Gewerbesteuer und dem Anteil an der Einkommensteuer. Mit 4 Mio. € bzw. 9,4 Mio. € bleiben beide wesentliche Einnahmequellen im Ergebnishaushalt. Während die Gewerbesteuer zumindest stabil bleibt, wächst die Einkommenssteuer sogar von Jahr zu Jahr. Fraglich bleibt, wie sich die Wirtschaft in diesem Jahr entwickeln wird.

Eine weitere Großkrise, die uns seit Jahren zu schaffen macht, ist der Wohnraumangel in Ballungsräumen. Erzählungen aus dem Bekanntenkreis gleichen echten Horrorgeschichten mit den immer gleichen Themen: Missbrauch von Eigenbedarfskündigungen, Weitervermietung von Wohnungen zu Mondpreisen, aber ohne Meerblick sowie der Verkauf von Immobilien, der sich eher an Monopoly als an sozialer Marktwirtschaft orientiert. Die Ursache dafür: Knappheit an Wohnraum. Deshalb unterstützen wir auch die Bemühungen der Stadt um neue Wohngebiete.

Keine Frage, die Konversion des Bosch-Areals hat viel mehr Zeit gebraucht als anfangs gedacht. Aus heutiger Sicht muss man sagen: Es war gut, dass wir hier nicht im gewohnten Rutesheimer Tempo vorgehen konnten. Wenn man sich die Planung und insbesondere die Konzepte rund um das Thema Umweltschutz anschaut, wächst unsere Begeisterung für dieses Areal immer mehr. Und es macht Mut für den Gebersheimer Weg, den wir ebenfalls auf dem Radar haben. Gleiches gilt für die Krautgärten in Perouse. Was die Entwicklung im Spissen und im Heuweg angeht: Mit dem Vorkaufsrecht haben wir ein Instrument in der Hand, mit dem wir in potenziellen Erschließungsgebieten schon heute Preisspekulationen verhindern können. In der Vergangenheit haben wir hier Lehrgeld bezahlt.

Klar ist aber auch: Den Mangel an Wohnraum in der Region werden wir in Rutesheim alleine nicht lösen, zumal wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten schon enorme Flächen erschlossen haben. Der Preis dafür wäre zu hoch – eine überbordende Versiegelung unserer Fläche. Das lehnen wir alleine aus Gründen der Gerechtigkeit gegenüber nachfolgenden Generationen ab. Auch der Erhalt des Grüngürtels rund um Rutesheim

sollte in unseren Augen bei den Planungen eine wichtige Rolle spielen.

Weitere Großkrisen unserer Zeit, die uns vor Ort treffen und ebenfalls etwas mit Wohnraum zu tun haben, sind internationale Fluchtbewegungen. Wir unterstützen ausdrücklich den Erwerb von Wohncontainern für ca. 600.000 € sowie die Flüchtlingsunterkunft im Heuweg für ca. für 1,2 Mio. € abzüglich Landeszuschüssen. Ohne diese Einrichtungen müssten wir auf absehbare Zeit unsere Sporthallen belegen. Welche Auswirkungen das auf unser Vereinsleben, auf die Schulen und auf die Einstellungen gegenüber Geflüchteten hätte, können wir uns alle ausmalen. Genau aus diesem Grund sollten wir das vermeiden, solange wir es noch selbst in der Hand halten.

Weitere Großbaustellen sind die demographische Entwicklung und der Fachkräftemangel. Zum Geburtenmangel: Durch Zuzüge wird bei uns in der Stadt die generelle Entwicklung noch verdeckt – ohne Neubaugebiete dürfte es auch in Rutesheim und Perouse ganz anders aussehen. Entsprechend brauchen wir mehr KiTa-Plätze und ausgeweitete Betreuungsangebote, wie z. B. den Anbau mit Schlafräumen im Kindergarten in der Richard-Wagner-Straße, der mit ca. 1 Mio. € zu Buche schlägt. Was wir seit Jahren bemängeln, ist das falsche Finanzierungssystem in diesem Bereich. Hochwertiges Personal kostet Geld, und wir finden das richtig. Die Folge ist aber, dass wir alljährlich Gebühren erhöhen müssen – für Eltern von Kleinkindern ein echtes Problem. Und das hängt wiederum mit der demographischen Entwicklung zusammen. Seit über 50 Jahren sind die Geburtenraten bei uns so, dass die Zahl potenzieller Mütter mit jeder Generation um ca. 1/3 abnimmt. Man müsste also diesen weniger werdenden Müttern das Kinderkriegen zumindest in finanzieller Hinsicht immer schmackhafter machen – tun wir aber nicht in Deutschland. Entsprechend war der Fachkräftemangel in Deutschland lange absehbar, wenn nicht sogar politisch fehlgesteuert. Es wird auch für uns schwieriger werden, Fachkräfte für Kindertagesstätten zu finden. Erst recht gilt das für die Pflege und die Sozialstation, bei der wir bereits mit 100.000 € weniger Gebühreneinnahmen kalkulieren. Man sieht: Als Stadt werden wir hier zum Opfer einer politischen Fehlsteuerung, die bereits vor Jahren angelegt worden ist.

Bei einigen der eingangs genannten Großkrisen haben wir als Stadt neue Wege eingeschlagen, was uns als Sozialdemokraten freut. So zum Beispiel beim Thema Umweltpolitik. Die vollständige Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED ist der Schlusspunkt einer langfristigen Maßnahme. Daneben haben wir aber mit dem Rutesheimer Weg noch zahlreiche weitere Umweltschutzprojekte begonnen. In diesem Rahmen fällt etwa die Investition über 550.000 € für Photovoltaik auf der Realschule und der Sporthalle Bühl II. Weitere Großprojekte sind Windkraftanlagen, für die wir zumindest potenzielle Standorte ausgewiesen haben, sowie die Gründung der Stadtwerke. Letztere statten wir mit Eigenkapital von 50.000 € sowie einem Darlehen über 200.000 € aus, um den Neubau einer Heizzentrale und den erstmaligen Bau von Fernwärmeleitungen zu ermöglichen. Für die Zukunft plädieren wir im Rahmen des Rutesheimer Wegs für weitere Projekte, die *echte* Effekte auf den Umweltschutz erzielen.

Ebenfalls eine Krise unserer Zeit ist der Erhalt der Infrastruktur und – wenn man etwas weiterdenkt – der Schutz des natürlichen Lebensumfelds. Viele Kommunen in Deutschland sind in den vergangenen Jahrzehnten enorm gewachsen und müssen heute mehr denn je in

den Erhalt der Infrastrukturmaßnahmen investieren. So auch unsere Stadt: Dass unsere Kanäle in weiten Teilen in schlechtem Zustand sind, hat uns alle vor wenigen Jahren überrascht. Daraus hat sich eine jährliche Dauerpflichtung im sechsstelligen Bereich entwickelt; alleine in diesem Jahr sind es 620.000 €. Ebenfalls zum Erhalt der Infrastruktur und der Lebensbedingungen vor Ort zählt in unseren Augen die Ortskernsanierung IV, u. a. in der Gebersheimer Straße, mit zunächst etwas über 720.000 €. Hier plädieren wir eindrücklich für den Vorrang von Radfahrern, Fußgängern und sonstigen Alternativen zum Pkw-Verkehr. Schließlich gehört unserer Ansicht nach auch der Wald zur Lebens-Infrastruktur. Keiner kann mehr leugnen, dass es dem Wald schlecht geht. Wir müssen alles dafür tun, um ihn fit für die Zukunft zu machen – ökonomische Interessen sind hier absolut nachrangig.

Noch ein Großthema unserer Zeit: Es gibt viele gute Gründe, die für Digitalisierung sprechen. Um nur zwei zu nennen: 1. Wollen wir in Zeiten des Fachkräftemangels noch Personal gewinnen, erreichen wir das nicht mit bedrucktem Papier, Locher und Büroklammer, sondern mit prozessorientierten Softwarelösungen. 2. Wer selbst in Krisenzeiten agil bleiben möchte, muss für mehr Effizienz sorgen. Digitale Lösungen schaffen das – wenige Klicks ersetzen unzählige Gänge zu Aktenschranken. 3. Digitalisierung wird von unseren Bürgerinnen und Bürgern erwartet – alleine die Äußerungen aus unserem Umfeld zum bislang noch papiernen Verfahren rund um Bauanträge sprechen Bände. Die 20.000 €, die hierfür eingestellt sind, sind eine gute Investition.

Von daher hat es uns sehr gefreut, dass wir in der Zwischenzeit mit dem BürgerGIS eine umfassende Softwarelösung für viele kommunale Prozesse etabliert haben. Auch beim Dokumentenmanagement sind wir auf dem Weg. Und die Aufwendungen für Software- und IT-Dienstleistungen mit 185.000 € sind eine Summe, die der Realität zunehmend gerecht werden. Nicht zuletzt begrüßen wir die 368.000 €, die unsere Schulen im Rahmen des Digitalpakts vom Bund erhalten.

Alles in allem sehen wir: Es geht voran. Deshalb sprechen wir an dieser Stelle ein Lob aus, erteilen aber keine digitale Absolution. Unser Wunsch ist es, hier mit dem gleichen Tempo weiterzumachen. Im besten Fall wird Digitalisierung zukünftig ein Markenkern unserer Stadt.

Ein weiteres Großthema unserer Zeit ist die Inflation und zunehmend auch die Entwicklung von Staats- und damit Stadtfinanzen. Schon im vergangenen Jahr haben wir vor der Entwicklung der Teuerungsrate gewarnt – es kam schlimmer als erwartet. Alleine die Kosten für Heizung und Brennstoffe sind auf über 700.000 € und die Stromkosten auf über eine halbe Mio. € gestiegen. Auch die Kosten für Handwerker oder Baumaßnahmen kennen nur eine Richtung. Verständlicherweise müssen wir auch in der Stadtverwaltung mit steigenden Löhnen und Gehältern rechnen, die mit 13 Mio. € bereits über 1/3 unserer Aufwendungen im Ergebnishaushalt ausmachen. Zu allem kommt noch die Kreisumlage in Höhe von 5,4 Mio € hinzu – mit stark steigender Tendenz.

Das stimmt pessimistisch, erst recht, wenn man sich vor Augen führt, dass wir im Ergebnishaushalt erneut mit einem Verlust kalkulieren – in Höhe von 730.000 €. Hier bleiben wir ganz erheblich abhängig von Schlüsselzuweisungen über ca. 5,4 Mio € sowie Zuweisungen für laufende Ausgaben mit etwa 4,8 Mio. €. Nicht zu Unrecht warnte unser Kämmerer mit Blick auf den Ergebnishaushalt in der Dezember-Sitzung mit den Worten: „Die Schere zwi-

schen Erträgen und Aufwendungen geht deutlich auseinander.“

Es gibt jedoch ein paar Aspekte, die uns beim Thema Inflation und Stadtfinanzen positiv stimmen. So zahlen wir kein Verwarentgelt mehr, sondern rechnen vielmehr wieder mit wachsenden Zinseinnahmen. Auch erwarten wir einen Zahlungsmittelüberschuss von 2,5 Mio. € und rechnen am Ende des Planjahrs mit einer Liquidität über 9 Mio. €. Nicht zuletzt bleiben wir schuldenfrei und damit handlungsfähig.

Wirft man jedoch einen Blick auf den Finanzhaushalt, erkennt man sofort – und wie in den vergangenen Jahren auch – das dünne Eis, auf dem wir uns bewegen. Es bleibt ein strukturelles Problem unserer Haushalte: Ohne Grundstücksverkäufe keine Projekte. Über 80% der Einnahmen im Finanzhaushalt bzw. 10,4 Mio. € basieren darauf – ein Vorgehen mit Endlichkeitsfaktor, ohne dass es jedoch keine Entwicklung im Spissen, im Gebersheimer Weg, in den Krautgärten, im Schertlenswald oder im Bosch-Areal geben würde. Dennoch bleibt 2023 ein Finanzierungsdefizit von 3,6 Mio. €, dass wir mit vorhandener Liquidität überbrücken müssen. Auch wenn es aktuell noch funktioniert: Irgendwann werden wir uns der Diskussion stellen müssen, wie denn Rutesheimer Haushaltspläne gestaltet werden können, ohne Grundstücksverkäufe zu einem wesentlichen Einnahmeposten zu machen. Und wir werden auch darüber sprechen müssen, mit welchen kleineren Stellschrauben bei den Einnahmen und Ausgaben wir unsere Finanzen sattelfest für die Zukunft machen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Inflation, Energiekrise, Rezession, Nachrüstung: Diese Ereignisse waren ein wesentliches Merkmal der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Was mir Hoffnung für heute gibt: Durch diese geballten Großkrisen wurden in dieser Zeit wichtige Innovationen hervorgebracht. So wurde etwa der Spritverbrauch von damals im Durchschnitt 18 Liter auf später ca. 10 Liter gesenkt.

Auch heute kann man solche Tendenzen fernab von Greta erkennen – es tut sich was im gesellschaftlichen Klimabewusstsein. So lag der Pro-Kopf-Verbrauch von Schweinefleisch und Tomaten in Deutschland 2021 mit 31 kg erstmals auf gleicher Höhe. Mit unserem kommunalen Engagement für mehr Klimawandel fangen wir an, diese Entwicklungen für unsere Stadt zu nutzen.

Doch nun genug mit Krisenstimmung. Last not least noch ein Punkt, der nichts mit Krisen zu tun hat: Unsere Landschaft an Vereinen, Organisationen und Kirchen ist beeindruckend. Davon und von all den privaten Netzwerken, die sich hier bilden, können wir in diesen schwierigen Zeiten als Stadt nur profitieren. Die Vereinsförderung bleibt weiterhin gut angelegtes Geld.

Verfallen wir also nicht in Krisenstimmung, sondern arrangieren wir uns mit der Situation und machen das Beste daraus. Als Sozialdemokraten sind wir krisenerprobt – und das seit über 150 Jahren. Auch im kommenden Jahr wollen wir die Kommunalpolitik konstruktiv und kritisch begleiten. Entsprechend stimmen wir dem vorliegenden Haushaltsplan zu.“

Anschließend wird der Haushalt 2023 einstimmig beschlossen.

3. Überprüfung der Steuer-, Beitrags- und Gebührensätze

Jährlich erstellt die Stadtverwaltung für den Gemeinderat eine informative tabellarische Übersicht mit allen Steuer-,

Beitrags- und Gebührensätzen der Stadt Rutesheim sowie der Realsteuer-Hebesätze (Grundsteuer und Gewerbesteuer) der 26 Städte und Gemeinden im Landkreis Böblingen.

Für 2023 werden keine Erhöhungen der Realsteuer-Hebesätze vorgeschlagen.

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis.

4. Freiwilligkeitsleistungen

„Die Gemeinde fördert in bürgerschaftlicher Selbstverwaltung das gemeinsame Wohl ihrer Einwohner ...“ heißt es in § 1 Absatz 2 der Gemeindeordnung.

Dazu gehören für eine Stadt unserer Größenordnung und Strukturen auch vielfältige sportliche und kulturelle Angebote. Zusätzlich zu den zahlreichen traditionellen und besonderen Veranstaltungen wie sie im jährlichen Veranstaltungskalender enthalten sind, sind auch herausragende, besondere Veranstaltungen wichtig.

Ohne die o.g. Zuschüsse der Stadt wären sie nicht bzw. kaum möglich.

Der Wert dieser Veranstaltungen für die Stadt Rutesheim lässt sich in Euro und Cent naturgemäß nicht beziffern. Er ist zweifellos sehr hoch. Es handelt sich um außergewöhnliche Veranstaltungen, die deshalb und aufgrund der Haushaltslage der Stadt Rutesheim auch eine außergewöhnliche Unterstützung verdient haben. Die Stadtverwaltung Rutesheim leistet diese gerne in persönlicher, ideeller und tatkräftiger Weise.

Notwendig sind jedoch auch die finanziellen, im Beschlussantrag genannten Freiwilligkeitsleistungen.

Die im Beschlussvorschlag genannten Beträge für 2023 ff. sind im Haushaltsplan 2023 und in der Mittelfristigen Finanzplanung bis 2026 so veranschlagt worden.

Zum Internationalen Tennis-Jugendturnier:

Der im Beschlussantrag genannte Betrag entspricht den in den Vorjahren (mit den Endspielen in Renningen) gewährten Zuschussbeträgen.

Der frühere Hauptsponsor Mercedes Benz ist seit 2013 ausgestiegen ist und durch Änderungen bei diesen Turnieren durch den Deutschen Tennisbund (DTB), das betrifft v.a. die erzielbaren Ranglistenpunkte, ist die Anzahl der Teilnehmer/innen in der Qualifikation stark zurückgegangen. Trotzdem konnte das Turnier auch in den Jahren 2013 ff. durchgeführt werden und im Jahr 2019 hatte bereits das 22. Turnier in jährlicher Folge mit den Endspielen in Rutesheim stattgefunden. 2018 wurde zugleich auch ein U 18-Turnier erfolgreich mit ausgerichtet. Das ist auch 2019 und 2021 - nach 1-jähriger Corona-Zwangspause in 2020 - wieder so erfolgt und auch künftig so geplant. Die v.a. für den Transport von Spielerinnen und Spielern von ihren Unterkünften zu den Tennisplätzen notwendigen Kraftfahrzeuge stellt seit 2014 die Fa. Opel Eple, Rutesheim, bereit.

Der Gemeinderat hat am 18.11.2011 beschlossen, den Zuschuss der Stadt Rutesheim von seither 2.500 € pro Jahr weiterhin zu gewähren und in den Jahren mit dem Schwerpunkt des Turniers und mit den Endspielen in Rutesheim (2013, 2015, 2017, 2019, 2022, 2024, usw.) den Zuschuss auf 10.000 € zu erhöhen.

Zur Cello-Akademie Rutesheim:

Der im Beschlussantrag genannte Betrag entspricht den in den Vorjahren gewährten Zuschussbeträgen. Hinzu kommen umfangreiche unentgeltliche Leistungen, wie die kostenfreie Überlassung der städtischen Schulräume, Aula/Mensa und Veranstaltungsorte sowie die Kosten für

einen Empfang für die Dozenten/innen, Korrepetitoren/innen, Mitwirkende, Helfer/innen, Sponsoren und Ehrengäste. Im Jahr 2020 ist die Cello-Akademie, im Jahr 2021 nur der Empfang Corona-bedingt ausgefallen.

Die Cello-Akademie mit 7 Konzerten in der Bühl II-Halle, den täglichen öffentlichen Meisterkursen und der Messe im Foyer des Gymnasiums Rutesheim ist in unserem Veranstaltungskalender eine herausragende Veranstaltungswoche mit weltweiter sehr positiver Ausstrahlung. Die Stadt Rutesheim wird hierbei weltweit sehr gut präsentiert. Auch der SWR hat 2022 über die Cello-Akademie berichtet.

Die rd. 100 Studierenden kommen aus vielen Ländern dieser Erde. Die Professoren/innen und Korrepetitoren/innen bürgen für höchste Qualität. Alle Studierenden und Lehrenden werden privat untergebracht. Dies, der große Besuch bei den Konzerten mit Orchestern und die zahlreichen Helferinnen und Helfer belegen, wie sehr die Cello-Akademie Rutesheim hier verwurzelt ist und von wie vielen sie unterstützt wird. Eines ist völlig klar: Ohne die Familie Trück und den Leiter Matthias Trück mit seinen weltweiten Kontakten wäre die Cello-Akademie Rutesheim nicht möglich.

Der Betrag ist angemessen und er sollte beibehalten, jedoch auch nicht erhöht werden.

Zum Zuschuss für Rockmusik und Kleinkunst:

Der Gemeinderat hat am 10.10.2011 u.a. beschlossen: Zur Förderung von Rockmusikveranstaltungen renommierter Rockmusiker und Kleinkunst in Rutesheim gewährt die Stadt Rutesheim an die Musikgaststätte Uhlen Spiegel einen Zuschuss von 1.000 € je Veranstaltung, maximal jährlich 10.000 € ab dem Jahr 2011. Voraussetzung dafür ist u.a. (s.a. GR-DS Nr. 82 neu/2011): Nachweise über die Umsätze, Kosten und Erlöse künftiger Einzelveranstaltungen (Live-Programm) an die Stadt, solange der Zuschuss der Stadt gewährt wird. Wie am 10.10.2011 besprochen wird dieser Zuschuss in diese GR-Drucksache „Freiwilligkeitsleistungen“ zur besseren Transparenz aufgenommen.

Zum Kulturforum Rutesheim:

Der Gemeinderat hat in der Klausur-Sitzung am 16.11.2012 beschlossen, den Zuschuss ab 2013 von bisher 10.000 € pro Jahr auf 15.000 € pro Jahr zu erhöhen. Übernommen werden vor allem Sachkosten, Personalkosten, auf der Grundlage von Belegen, die das Kulturforum Rutesheim der Stadtverwaltung für die Verbuchung und Auszahlung vorlegt.

Zur Theatergruppe „Wörterwelten“

Wörterwelten ist eine Gruppe von Laienschauspielern unter professioneller Leitung der Theaterpädagogin Karin Winter. Sie bespielen den öffentlichen Raum. Die Stücke werden innerhalb der Gruppe entwickelt und sind auf Rutesheim zugeschnitten.

„Unser „Theater im öffentlichen Raum“ soll Bürger/innen dazu einladen, ihren Ort aus anderen Blickwinkeln zu betrachten. Wir haben Spaß daran, Stoffe auf ungewöhnliche Weise zu zeigen und dadurch kulturelle Anreize zu geben. Wichtig ist uns, dass möglichst viele Besucher an den Veranstaltungen teilnehmen können. Deshalb sollten die Vorstellungen möglichst frei oder die Eintrittsgelder für alle Bürger erschwinglich sein.

Die Auftritte von Wörterwelten treffen in der Bevölkerung auf großes Interesse und sind eine Bereicherung der kulturellen Landschaft in Rutesheim.

Wörterwelten konstituierte sich im Jahr 2010 als Theater-sparte des Kulturforums Rutesheim. Inzwischen hat sich Wörterwelten vom Kulturforum getrennt. Die Gruppe ist hoch motiviert und möchte gerne in Rutesheim weiter aktiv bleiben.

Der Umgang mit Sprache und die Umsetzung von Literaturvorgaben verbinden uns seit Beginn unseres Wirkens mit der Christian-Wagner-Bücherei. Insbesondere als Spielort am Adventsmarkt wurde das Gebäude bereits mehrfach eindrücklich in Szene gesetzt. Die Bilderbuch-adaption „Nachts in der Bücherei“ wurde speziell für das Gebäude Christian-Wagner-Bücherei konzipiert.

Wir haben deshalb mit der Leitung der Christian-Wagner-Bücherei Kontakt aufgenommen mit dem Ziel festzustellen, ob Wörterwelten dort ein neues „kulturelles Zuhause“ finden kann. In einem ausführlichen Gespräch mit Frau Hagemeyer-Beck und Frau Zimmermann bestätigte sich, dass die Büchereileitung an einer Zusammenarbeit mit Wörterwelten interessiert ist.“ schreibt dazu Wörterwelten über sich.

Übernommen werden vor allem Sachkosten, geringe Personalkosten, auf der Grundlage von Belegen, die Wörterwelten der Stadtverwaltung für die Verbuchung und Auszahlung vorlegt, max. bis 1.000 €/Jahr. Dies ist 2019 zum ersten Mal in diesen Freiwilligkeitsleistungen aufgenommen worden.

Einstimmig wird beschlossen:

Folgende Freiwilligkeitsleistungen (Zuschüsse) werden (vorbehaltlich jeweils noch vorzulegender Abrechnungen) in Höhe des jeweiligen Abmangels, jedoch maximal bis zu der genannten Höhe, bewilligt:

- 25. Internationales Tennis-Jugendturnier im August 2023 mit den Endspielen auf der Anlage des TC Renningen e.V.: 2.500 €
- 14. Cello-Akademie in den Herbstferien 2023: 10.000 €, zuzüglich kostenfreie Überlassung der Schul- und Veranstaltungsräume, Aula / Mensa.
Anstelle von zwei zusätzlichen Konzerten der Cello-Akademie in Rutesheim im Jahr gewährt die Stadt einen weiteren Zuschuss für die Cello-Akademie in den Herbstferien 2023 von pauschal 5.000 €.
- Projekte und Veranstaltungen des Kulturforums Rutesheim 2023 (Übernahme v.a. von Sachkosten, Personalkosten): 15.000 €/Jahr
- Zuschuss für Rockmusik und Kleinkunst 2023: 10.000 €/Jahr
- Zuschuss für die Theatergruppe „Wörterwelten“ 2023: 1.000 €/Jahr

Sollten Veranstaltungen Corona-bedingt 2023 nicht möglich sein, ist der Zuschuss entsprechend nicht möglich bzw. dem reduzierten Format anzupassen.

5. Gymnasium Rutesheim: Verlängerung des Schulversuchs G 9

Zum Schuljahr 2004/2005 hat das Land B.-W. G 8 eingeführt und der „Doppeljahrgang G 9 und G 8“ hat zum Ende des Schuljahres 2011/2012 gemeinsam das Abitur abgelegt.

Das Kultusministerium B.-W. hat am 11.01.2012 über den Schulversuch „Zwei Geschwindigkeiten zum Abitur an den allgemeinbildenden Gymnasien“ informiert und ihn auf max. 44 von rd. 300 Gymnasien (verteilt auf 2 Tranchen à 22 Gymnasien) begrenzt.

Die Schulkonferenz des Gymnasiums Rutesheim hat sich am 07.11.2011 einstimmig grundsätzlich für eine Teilnahme und somit für das Angebot für ein Abitur mit zwei Geschwindigkeiten ausgesprochen.

Die Gesamtlehrerkonferenz des Gymnasiums Rutesheim hat das Thema ebenfalls intensiv mehrfach beraten. Die Beschlussfassung ist in der GLK am 08.02.2012 erfolgt.

Der Gemeinderat hat am 25.06.2012 einstimmig beschlossen: „Für das Gymnasium Rutesheim wird die Teilnahme am Schulversuch „Zwei Geschwindigkeiten zum Abitur an den allgemeinbildenden Gymnasien“, nunmehr ab dem Schuljahr 2013/2014, erneut beantragt. Die Beschlüsse der Gremien liegen vor.“

Die Voraussetzungen sind in idealer Weise erfüllt. Das Pädagogische Konzept des Gymnasiums Rutesheim für G 9 begründet die Antragstellung in überzeugender Weise. Bei der Schulanmeldung für das Schuljahr 2012/2013 am 28./29.03.2012 haben nicht weniger als rd. 90 % der Eltern erklärt, dass sie ihr Kind im Gymnasium Rutesheim für G 9 und nicht für G 8 angemeldet hätten, wenn das möglich gewesen wäre.“

Das Kultusministerium B.-W. hat den Antrag am 24.01.2013 ab dem Schuljahr 2013/2014 genehmigt.

Wie erwartet haben die Schüler/innen bzw. Familien auch hierüber „mit ihren Füßen abgestimmt“ und die Schülerzahlen in G 9 sind, wie in der jährlichen Amtlichen Schulstatistik dokumentiert ist, sehr groß und eindeutig. Aus vielen guten Gründen der Kapazität (Schülerbeförderung, Verkehrssituation in der Robert-Bosch-Straße vor Schulbeginn und nach Schulende, Klassenzimmer, Fachräume, Sporthallen, Mensa, Lehrerarbeitsplätze, usw.) können jedoch jährlich auf keinen Fall mehr als 6 Klassen in Klassenstufe 5 gebildet werden. Dies ist allen Beteiligten bekannt und dies wird auch regelmäßig sehr klar und deutlich so an die Eltern kommuniziert.

Inhaltlich darf aus der damaligen GR-Vorlage zitiert werden: „Der neunjährige Bildungsgang bietet durch das zusätzliche Schuljahr mehr schulische Lernzeit und setzt Zusatzstunden, insbesondere in Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen, voraus. Dafür werden zusätzliche Ressourcen im Umfang von insgesamt zwölf Lehrerwochenstunden pro G 9-Zug bereitgestellt.“

„Der Schulversuch „Zwei Geschwindigkeiten zum Abitur an den allgemeinbildenden Gymnasien“ ist eine Weiterentwicklung des Gymnasiums und nicht die Rückkehr zum früheren unverkürzten gymnasialen Bildungsgang. Wir schaffen damit ein Angebot, das auf die unterschiedlichen Lernbedürfnisse und Lernvoraussetzungen unserer Gymnasiasten ausgerichtet ist und ihnen größere Spielräume für außerschulisches Engagement, Familie und Freunde, für sportliche und musische Interessen eröffnet.“ hat die Kultusministerin am Schluss ihres Briefes vom 11.01.2012 geschrieben.

Das war und ist auch unsere Überzeugung, die sich mit Erfahrungen und Gesprächen mit Eltern, Schülern und Lehrern deckt. Viele Schüler, Eltern und die Lehrkräfte am Gymnasium Rutesheim sehen das G 8 in der Form mit jeweils über 30 Wochenstunden Unterricht in allen Klassenstufen 5 - 10, in einzelnen Klassenstufen z.B. Klassenstufen 8 - 10 sogar 35 - 37 Wochenstunden, objektiv als eine zu große Belastung für viele Schüler/innen. Für sinnvolle Freizeit- und Vereinsaktivitäten (Sport, Musik, usw.) bleibt zu wenig Zeit. Somit ist diese Entscheidung gut begründet und sie erhöht die Attraktivität des Gymnasiums Rutesheim.“

Der „Schulversuch G 9“ war zunächst bis zum Schuljahr 2019/2020 (für die Aufnahme von den Fünftklässlern) befristet.

Am 25.04.2017 hat die Landesregierung B.-W. beschlossen, den Schulversuch um 5 Jahre zu verlängern.

Die Stadt Rutesheim hat im Einvernehmen mit den schulischen Gremien des Gymnasiums Rutesheim von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Erneute Verlängerung des Schulversuchs bis zum Schuljahr 2028/2029

Mit Schreiben vom 29.09.2022 hat das Kultusministerium B.-W. darüber informiert, dass der Ministerrat am 13.09.2022 beschlossen hat, den Schulversuch zu verlängern.

Die insgesamt bzw. davon 22 Schulen, die 2013/2014 mit G 9 gestartet sind, können danach (Stand heute) bis zum Schuljahr 2028/2029 neue Schülerinnen und Schüler in G 9 aufnehmen, sofern der Schulversuch nicht erneut wieder verlängert werden sollte.

Die notwendigen Beschlüsse der schulischen Gremien liegen vor: Schulkonferenz am 26.10.2022 einstimmig, Gesamtlehrerkonferenz (GLK) am 08.12.2022 mit großer Mehrheit 93 Ja : 1 Nein.

Zu hoffen und zu fordern ist, dass die aktuell 43 Gymnasien in B.-W. mit G 9 diese bewährte Form des Gymnasiums Rutesheim nicht nur befristet für weitere 4 Jahre, sondern unbefristet fortsetzen können.

StR Schlicher erklärt, dass die Eltern bzw. Schüler/innen zwar „mit den Füßen abstimmen“, aber, es für G 8 gute Gründe gibt, v.a. der Lehrermangel und G 9 auch Nachteile habe, wie zum Beispiel der viel zu große Zulauf. G 9 habe insofern keine Zukunft.

Die Vorsitzende und Erster Beigeordneter Martin Killinger erklären dazu: Die Stadt Rutesheim hat aus vielen guten Gründen den Antrag für G 9 gestellt. Zum Beispiel ist die Stundentafel bei G 8 mit durchschnittlich 35 und bis zu 38 Stunden pro Woche eindeutig zu groß. Es kommen ja auch noch die normalen Hausaufgaben und das Lernen der Vokabeln dazu. Viele sinnvolle Aktivitäten und Hobbies, v.a. auch für die gute Jugendarbeit der Kirchengemeinden und Vereine werden dadurch massiv eingeschränkt bzw. vereitelt. G 8 produziert Abiturienten/innen, die zu einem großen Teil noch nicht volljährig sind. Das ursprüngliche Ziel, dass die Schulzeit um 1 Jahr verkürzt und somit aufbauende Studiengänge 1 Jahr früher begonnen werden, wird durch die sehr häufig sich anschließende „Auszeit“ nicht erreicht. Das Gymnasium Rutesheim punktet im Übrigen nicht allein durch G 9, sondern auch durch eine sehr engagierte Schulleitung, gute Lehrkräfte und eine sehr gute Ausstattung u.v.m. Insofern ist G 9 am Gymnasium Rutesheim eine Erfolgsgeschichte, wie sie auch beim 25-jährigen Jubiläum 2022 gut zu spüren war. Wir haben die Hoffnung, dass auch die Politik dies erkennt und der „Schulversuch“ entweder entfristet oder in eine Dauerlösung übergeführt wird.

Einstimmig bei einer Enthaltung wird beschlossen:

Für das Gymnasium Rutesheim wird die vom Kultusministerium B.-W. mit Schreiben vom 29.09.2022 ermöglichte Verlängerung des „G 9 - Schulversuchs“ um die darin genannten zusätzlichen 4 Jahre beantragt. Die Beschlüsse der schulischen Gremien liegen vor (Schulkonferenz am 26.10.2022 einstimmig, Gesamtlehrerkonferenz (GLK) am 08.12.2022 mit großer Mehrheit 93 Ja /: 1 Nein). Die regelmäßige hohe Anzahl von Neuanmeldungen und Neuaufnahmen in der Klassenstufe 5 seit der

Einführung von G 9 zum Schuljahr 2013/2014 belegen, dass G 9 die richtige Entscheidung war und ist. Die Voraussetzungen für G 9 sind am Gymnasium Rutesheim in guter Weise gegeben. Das Gymnasium Rutesheim ist auch gut erreichbar.

6. Zuschuss an den Musikverein Rutesheim e.V. für neue Lüfter und Beschaffungen

Der Musikverein Rutesheim e.V. musste die rd. 40 Jahre alten defekten Lüfter in der Lüftungsanlage im 1984 erbauten Vereinsheim erneuern und er hat Beschaffungen getätigt. Für die Beschaffungen liegen Vergleichsangebote vor. Die Lüftungsanlage ist seinerzeit von Siegle + Epple eingebaut worden und der Verein konnte den Angebotspreis für den Austausch der Lüfter zudem enorm herunterhandeln. Die nunmehr abgerechneten Kosten für die Erneuerung der Lüfter beinhalten somit einen sehr großen Nachlass. Der Musikverein Rutesheim hat 234 Mitglieder, davon 98 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren und 47 Aktive sowie 89 Passive.

Höhe des Zuschusses

Der Gemeinderat hat zuletzt am 28.06.2021 für die Förderung der Vereine und Kirchengemeinden einstimmig bei einer Enthaltung folgenden Grundsatz-Beschluss gefasst:

„Die bewährte und gute Förderung der Vereine und Kirchengemeinden wird im Wesentlichen beibehalten. Wie seither auch gibt es keinen Rechtsanspruch. Über die Förderung und über die Übernahme einer Bürgschaft entscheidet im Einzelnen das nach der Hauptsatzung zuständige Gremium.

Änderungen erfolgen ab sofort wie folgt:

Bei Beschaffungen, Baumaßnahmen und Sanierungsmaßnahmen wird grundsätzlich eine Förderung in Höhe von 30 % gewährt. Ab Gesamtkosten von 500.000 € beträgt der Fördersatz für die Gesamtkosten, die über 500.000 € liegen, 20 %. Im Einzelfall wird maximal eine Förderung von 250.000 € gewährt.

Grundsätzlich sind mindestens 2 Angebote einzuholen, ausgenommen, es gibt gute Gründe, zum Beispiel einen Wartungsvertrag.

Förderanträge für im Grundsatz planbare Investitionen über 100.000 € sind Gegenstand der Haushaltsberatungen des Gemeinderats und müssen daher bis zum 31.08. des Vorjahres eingereicht werden, um mit dem Haushalt des neuen Jahres beschlossen werden zu können.“

Bei Gesamtkosten betragen rd. 32.000 €. Davon 30 % sind rd. 10.000 €.

Einstimmig wird beschlossen:

Für den Austausch der rd. 40 Jahre alten Lüfter in der Lüftungsanlage des Vereinsheims und für Beschaffungen wird ein Zuschuss in Höhe von 30 % der Gesamtkosten, somit rd. 10.000 € gewährt. Maßgebend sind die tatsächlichen Kosten. Abschlagszahlungen sind möglich.